

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelhefte 1.50 Pfennig...

Vormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr... Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 8. Mai 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Doppelschlacht dauert fort.

Hestigster Artilleriekampf bei Lens und Arras - Erneute französische Angriffe abgeschlagen - Kampf um den Winterberg: der Nordhang zurückerobert - Chevreux in deutscher Hand.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. Mai 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Lens und Arras erreichte der Artilleriekampf abends wieder größere Hestigkeit. Er dehnt sich über Bullecourt weiter nach Osten aus.

Der Feind setzt die Beschließung von St. Quentin fort, die in der Stadt Brände und an der Kathedrale erneute Beschädigung hervorrief.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach den schweren Verlusten, die der 5. Mai den Franzosen gebracht hat, liegen sie gestern zunächst von der Fortführung ihres Angriffs ab. Erst nachmittags stießen starke Kräfte zwischen Fort de Malmaison und Brahe vor, sie wurden jedoch abgewiesen.

Zwischen Ailles und Craonne scheiterten heftige Teilangriffe der Franzosen.

Am Winterberg wogten die Kämpfe den ganzen Tag über hin und her. In stetem Anlauf haben wir den Nordhang zurückerobert und gegen mehrfache feindliche Anstürme gehalten.

Nach harten Kämpfen, bei denen wir örtliche Erfolge erzielen und dem Feind schwere Verluste zufügen, wurden alle Stellungen von unseren tapferen Truppen gehalten.

Seit dem 5. 5. sind zwischen Soissons und Reims an Gefangenen 9 Offiziere, 726 Mann, an Beute 41 Maschinen- und Schnellabgewehr eingebracht.

14 feindliche Flugzeuge wurden gestern abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von vereinzeltem Feuer herrscht an der Front Ruhe.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen wuchs das Artilleriefeuer zeitweise zu erheblicher Hestigkeit an. Schwächere feindliche Infanterie-Abteilungen, die gegen unsere Stellungen vorrückten, wurden leicht abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 7. Mai abends.

An der Arrasfront hält das starke Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten an. Bei Roeng sowie zwischen Fontaines und Rienconrt wurden englische Angriffe blutig abgewiesen.

An der Nisne scheiterten beiderseits von Crasnelle starke französische Angriffe.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Mai 1917. (W. T. B.) Amtlich wiederverlautbart.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei gänztlicher Dämmerung war gestern die beiderseitige Flieger-tätigkeit sehr rege. In Dalmatien wurden zwei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Verfassungsbrot.

Wir haben mit der sogenannten „Neuorientierung“ eine ganze Anzahl Dinge bekommen, von denen sich bestenfalls sagen läßt, daß sie auf das theoretische Rechtsgefühl befriedigend einwirken, z. B. die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Nun hat der Verfassungsausschuß auch einige Anträge angenommen, welche auf eine Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung hinauslaufen.

Wir müssen uns jedoch darüber klar sein, daß Stärkung der Parlamentsrechte und Stärkung der Volksrechte nicht unter allen Umständen gleichlautende Begriffe sind.

Gewiß ist es mit der Vermehrung der Rechte des aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangenen Reichstags eine andere Sache.

Durch Jahrzehnte hindurch haben im Reichstag Mehrheiten schalten können, welche nicht die Mehrheit der Wählerstimmen hinter sich hatten.

Die heutige Wahlkreiseinteilung läuft darauf hinaus, daß die Rechte erheblich mehr Mandate erhält, als ihr ziffermäßig nach der Zahl ihrer Wähler zustehen würde.

Wir müssen uns also darüber klar sein, wenn wir die Rechte des Reichstages auf seiner jetzigen Grundlage vermehren, daß wir damit ein Parlament stärken, in dem die Trümmer von vornherein ungleich verteilt sind.

Stockholmer Vorbesprechungen.

In Stockholm hielten, wie uns gemeldet wird, Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus die erste konstituierende Versammlung ab.

Auf Anregung der bereits in Stockholm eingetroffenen Teilnehmer der geplanten Friedenskonferenz, wird das Permanente Komitee der Arbeiterorganisationen Skandinaviens am 9. d. M. in Stockholm eine Konferenz abhalten.

Der Vorstand der Partei der Unabhängigen hat in Gemeinschaft mit der Reichs- und preussischen Landtagsfraktion beschlossen, zur Konferenz nach Stockholm Haase, Wernstein, Adolf Hoffmann, Kautsky und Frau Sieh zu delegieren.

Stockholm, 6. Mai. (Meldung von Svenska Telegrambyran.) Aus Anlaß der falschen Auffassungen, die in gewissen Blättern über die Absichten der holländischen Delegation des Internationalen Sozialistischen Bureaus herrschen, hat diese Delegation einstimmig nachfolgende Erklärung abgegeben:

Die Delegation lehnt energisch jede Auslegung ab, als ob sie einen Sonderfrieden zwischen einzelnen kriegführenden Mächten beabsichtigt habe.

gation ist weder jemandes Werkzeug, noch läßt sie sich in Intrigen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, hineinziehen.

Sofia, 6. Mai. (Meldung der Bulgarischen Telegr.-Agentur.) Die Abgeordneten Kolarow und Kirilow, die von der Partei der doktrinären Sozialisten zu deren Vertretung bei der Stockholmer Konferenz bestimmt wurden, sind heute abgereist.

Der A.-S.-Rat gegen österreichische Todesurteile.

Branting hat aus Petersburg folgendes Telegramm erhalten:

„Das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats, das Mitteilung erhalten hat, daß Jurkanowitsch und 15 andere Personen wegen politischer Ursachen, in Wien zum Tode verurteilt worden sind, erhebt hiermit einen energischen Protest gegen das Todesurteil und bittet Sie, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Protest an das Zentralkomitee der österreichischen Sozialdemokratie gelangt.

„Social-Demokraten“ bemerkt hierzu: „Als einer der sichersten Wege, diesen Protest an den Adressaten zu bringen, befehlen wir uns, ihn zu veröffentlichen.“

Die Schiffsverluste sind entsetzlich.

Bern, 6. Mai. In einer Ansprache an der Getreidebörse (The Baltic) in London hat Lord Veresford die irreführenden Admiralitätslisten über die wöchentlichen Ein- und Auslieferungen und Versenkungen von neuem angegriffen und die Angabe der Tonnenzahl der versenkten Schiffe verlangt, ohne welche die Verluste nicht richtig eingeschätzt werden könnten.

geben, sollen sie nicht nur schöne Prinzipien sein, sondern wirkliches, nahrhaftes Verfassungsbrot, so muß zunächst einmal die Ungleichheit der Wahlkreiseinteilung beseitigt werden. Ohne gerechte Neueinteilung der Wahlkreise erhält jede weitgehende Verfassungsreform einen bitteren Beigeschmack, mit ihr werden nicht nur Parlamentsrechte, sondern Volksrechte gewonnen.

Der Verfassungsansatz wird, wie wir hören, sich vielleicht schon heute, mindestens aber in den nächsten Tagen, mit dieser Frage befassen. Und hier kann den Abgeordneten gar nicht laut genug zugerufen werden, daß es sich um einen Eckpunkt der Neuorientierung, soweit sie das Reich betrifft, handelt. Hier ist nur eine Wahlreform annehmbar, die die wirkliche Stimmgleichheit, so wie sie in der Reichsverfassung niedergelegt ist, wieder zur Geltung bringt. Das „Berliner Tageblatt“ gab am Montag eine Information wieder, wonach durch Teilung der größten Wahlkreise die Zahl der Reichstagsmandate um zwanzig bis dreißig vermehrt werden soll. Selbst das ist der „Deutschen Tageszeitung“ zuviel; sie hält eine Vermehrung der Mandate um acht bis zehn für ausreichend. Solche Scheinreformen scheiden von vornherein für jeden ernsthaften Reformwillen aus. Es handelt sich hier nicht um Vertuschung einiger gar zu auffälliger Unschönheiten, sondern um die vollständige Beseitigung eines politischen Privilegs, das ganz ohne den Willen irgendeines Gesetzgebers, nur infolge einer nichtgeahnten Bevölkerungsbewegung, auf die das Gesetz nicht zugeschnitten war, gewissen Kreisen in den Schoß gefallen ist.

Alle Argumente gegen die völlige Neueinteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerungszahl sind hinfällig. Am hinfälligsten das von der Benachteiligung der Landwirtschaft. Bei der ursprünglichen Schaffung der Wahlkreise hat kein Mensch daran gedacht, die ländlichen Wahlkreise aus wenigen Wählern bestehen zu lassen als die städtischen. Gegen das Gesetz hat sich dieser Zustand erst nach und nach herausgebildet. Wer aber etwas gegen das Gesetz erhob, hat kein Recht zur Beschwerde, wenn es ihm genommen wird.

Ebenso unsinnig ist das von den Konservativen entdeckte Prinzip, daß die „Fläche“ Anspruch auf Vertretung habe. Wieviel Vertreter dürfen dann der Bodensee, das Kurische Meer und das Brieche Gass in den Reichstag entsenden? Auf wieviel Abgeordnete hätte Anspruch die Wüste Sahara, sobald unsere Annektionen sie erobert haben, woran es ja nicht fehlen wird.

In Wirklichkeit will die Rechte nur eine Machtposition, die ihr ein unerhört glücklicher Zufall in den Schoß geworfen hat, nicht gutwillig hergeben. Dann muß man sie ihr eben nehmen. Es ist dringende Aufgabe des Reichstages, die Wahlkreiseinteilung so zu gestalten, daß der Reichstag in Zukunft und für alle Zeiten ein wirkliches Spiegelbild des Volkswillens darstellt.

Die gerechte Neueinteilung der Wahlkreise wäre ein Resultat der Neuorientierung, das für die Volksmassen nicht nur theoretischen und prinzipiellen, sondern greifbaren praktischen Wert hat. Mit ihr bekommt auch die Vermehrung der Reichstagsrechte gegenüber der Regierung ein ganz anderes Bild. Denn sobald die Volksmehrheit auch wirklich sicher ist, die Parlamen-
tär-
tätigkeit zu bestimmen, ist jede Erweiterung der Parlamentsrechte auch unmittelbar eine Erweiterung des eigenen Rechtes. Aber die Erweiterung der Volksrechte ist das Entscheidende.

Die Revolution gegen Miljukow.

Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats.

Zu der Entscheidung, die über Miljukows Mainnote von der Petersburger Hauptkorporation des revolutionären Rußland gefällt worden ist, liegt nunmehr, von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet, eine offizielle „Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats“ vor. Sie ist vom gestrigen Tage datiert und lautet:

Die Note des Ministers des Auswärtigen vom 1. Mai, die am 3. Mai veröffentlicht wurde und der die Erklärung der einstweiligen Regierung vom 9. April zur Übermittlung an die alliierten Regierungen beigegeben wurde, hat bei dem Vollziehungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Mißbilligung und bei der Demokratie lebhaften Widerspruch gefunden, der sich in Versammlungen und Kundgebungen geäußert hat.

Ihretseits haben sich auch die bürgerlichen Kreise erregt und gegen die erwähnten Kundgebungen der Arbeiter und Soldaten Einspruch erhoben. Am folgenden Tage gewann die Bewegung in Moskau Boden.

In der Nacht zum 4. Mai wurde eine gemeinsame Sitzung des Vollziehungsausschusses der Arbeiter und Soldaten, der Regierung und des vorläufigen Dumaanschlusses abgehalten.

Am 4. Mai teilte die einstweilige Regierung dem Vollziehungsausschuß eine Ergänzungsnote an die Vertreter der alliierten Mächte mit, die am 5. Mai veröffentlicht wurde und in der erklärt wurde, daß für die Regierung in einem „entscheidenden Siege“ der Verzicht Rußlands auf Landgewinn und auf Beschlagnahme der Güter von Staatsangehörigen anderer Völker und ebenso der Verzicht auf jede Ausdehnung der Macht Rußlands auf Kosten anderer Staaten inbegriffen sei.

Angeichts dieser ergänzenden Note hat der Arbeiter- und Soldatenrat die folgende vom Vollziehungsausschuß vorgelegene Entschließung angenommen:

Der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten beglückwünscht warm die revolutionäre Demokratie Petersburgs, deren Versammlungen, Entschließungen und Kundgebungen ihre lebhafteste Aufmerksamkeit gegenüber den Fragen der auswärtigen Politik bezeugen und ihre Besorgnis, daß diese Politik in die imperialistischen Bahnen des alten Regimes abgelenkt könnte. In der Tat hat die Note des Ministers des Auswärtigen vom 18. April begründeten Anlaß zu der erwähnten Besorgnis gegeben. Die einstweilige Regierung hat getan, was der Vollziehungsausschuß schon lange gefordert hatte, und den alliierten Regierungen den Wortlaut ihrer Erklärung vom 27. März über ihren Verzicht auf Eroberungspolitik übermittelt. Dadurch hat die Regierung die alliierten Staaten in die Notwendigkeit versetzt, sich vor ihren Demokratien und vor denen der ganzen Welt über die Politik der Eroberungen und über die Kriegsziele im allgemeinen auszusprechen.

In dessen hat die Note des Ministers des Auswärtigen die Erklärung vom 27. März, die an die Regierungen der Alliierten gerichtet war, mit solchen Erläuterungen begleitet, daß man sie als einen Versuch der Abschwächung der

wirklichen Bedeutung des Schrittes auffassen konnte. Die Ausdrücke und Wendungen der Note, die der Sprache der Diplomaten des alten Regimes entnommen sind und dem Volke unverständlich waren, waren derart, daß sie die berechtigte Sorge erweckten, die einstweilige Regierung habe tatsächlich die Absicht, sich auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen von dem Wege des Verzichtes auf Eroberungspolitik, den sie am 27. März ausgesprochen hatte, zu entfernen. Der einmütige Widerspruch der Arbeiter und Soldaten in Petersburg hat der einstweiligen Regierung und allen Führern der Welt gezeigt, daß die revolutionäre Demokratie Rußlands niemals dazwischen willigen wird, daß die äußere Politik in den Bahnen des Parisismus geführt werde und daß ihre Anstrengung auf einen unerbittlichen Kampf um einen Weltfrieden gerichtet ist und sein wird.

Die neuen Erläuterungen der einstweiligen Regierung, die, durch diesen Widerspruch veranlaßt, zur öffentlichen Kenntnis gebracht und vom Minister des Auswärtigen den Vertretern der alliierten Mächte mitgeteilt worden sind, machen jeder Auslegung der Note in einem den Interessen und Forderungen der revolutionären Demokratie zuwiderlaufenden Sinne ein Ende. Die Tatsache, daß ein erster Schritt getan worden ist, die Frage des Verzichtes auf Eroberungspolitik zur internationalen Erörterung zu stellen, muß als bedeutsamer Sieg der Demokratie angesehen werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt seinen unerhörtlichen Entschluß, in Zukunft auf dem Wege des Kampfes für den Frieden zu bleiben, und fordert die ganze revolutionäre Demokratie Rußlands auf, sich noch enger um diesen Rat zu scharen. Die Arbeiter- und Soldatenabgeordneten werden den Widerstand der Regierung brechen und sie zwingen, Friedensbesprechungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annektionen und Entschädigungen einzuleiten. *gez. Skobelev.*

Fest und wichtig steigt dieser Akt des Arbeiter- und Soldatenrats aus dem Nachrichtengewirr auf, mit dem täglich verjährt wird, die Bedeutung und Lebenskraft der russischen Revolution zu verkümmern. Das Vorgehen des Rates bedeutet für die allgemeine Sache der auf Frieden drängenden Völker einen zählenden Schritt. Der entschlossen-gebietende Wille, der in Wort und Haltung der Kundgebung Ausdruck fand, wird in allen Ländern von Unzähligen begeistert empfunden werden. Diese Sprache und die Tat, der sie zugehört, sind ein Vorklang der Arbeit, die in Stockholm geleistet werden soll.

Die Petersburger Kundgebungen.

Stockholm, 7. Mai. „Dien“ bezeichnet die großen Petersburger Kundgebungen als bedeutende Neuerung des Kampfes des russischen Volkes für den Frieden. Die weitesten Kreise hätten die an alle Völker gerichtete Friedensproklamation des Arbeiterrates angenommen. Die überwältigende Mehrheit des russischen Volkes wünscht und erhofft den Frieden. Jeder Versuch, diese Tatsache zu leugnen, sei nicht nur zum Mißlingen verurteilt, sondern führe zum Gegenteil der damit verfolgten Absicht, indem die Friedensbewegung dann um so schärfere Formen annehme. Zweifellos durchkreuze diese Bewegung alle die Kriegsziele, deren Erreichung durch einen langjährigen, fortgesetzten Kampf undenkbar seien. Glücklicherweise bedürfe es keines langen Kampfes mehr, um Rußland seinen ungeteilten Landbesitz und seine freie wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Die Stimmung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn gebe Anlaß, dies zu vermuten. Die menschlichen Kräfte beginnen zu erlahmen, die Leidenschaften zu erlöschen und die Vernunft gewinnt die verlorenen Herrschaft wieder. Nun sei es Ehrensache der Demokratien aller Länder, zu vermitteln, und, während die Diplomaten noch unter dem Donner der Kanonen die Verhandlungen begünstigen, alle ihre Kräfte dafür aufzubieten, daß der Sinn des Wortes „Frieden ohne Annektion“ zur Geltung komme.

Amerikanische Kriegswirtschaft.

Der New Yorker Berichterstatter des „Nasin“ meldet, die amerikanische Regierung habe im Kongreß einen Gesetzesantrag einbringen lassen, durch den die Regierung ermächtigt werden soll:

1. Höchst- und Mindestpreise für Nahrungsmittel, Kleidungsstücke, Petroleum, Benzin und alle für das tägliche Leben notwendigen Artikel festzusetzen, 2. alle Fabriken, Werkstätten und Bergwerke zu übernehmen, 3. Personen, welche für das tägliche Leben notwendige Waren und Lebensmittel zurückbehalten, diese Artikel gegen entsprechende Entschädigung abzugeben, 4. den Handelverkehr so zu regeln, daß die Spekulation unmöglich wird, 5. die Eisenbahnen zu zwingen, den Verkehr entsprechend dem Bedarf der Landesverteidigung zu regeln, 6. den Getreideverbrauch der Militär- und Spirituosenfabriken einzuschränken, 7. dem Ackerbauminister soll das Recht zustehen, den Verkehr, die Aufspeicherung, die Verteilung und die Ausfuhr aller Lebensmittel zu kontrollieren.

Also auch in bezug auf kriegswirtschaftliche Organisation schickt die Union sich an, Geheimer des Weltkrieges zu sein. Was diesseits des Ozeans unter schweren Mühen Stück für Stück herausgearbeitet wurde, soll drüben auf einen Schlag in die Wege geleitet werden. Mit den Paragraphen der Organisation allein ist es freilich noch nicht getan. Auch das kann Amerika bei den Europäern lernen.

Die Schlachten im Westen.

Berlin, 7. Mai. Die französische Niederlage am 5. Mai stellt sich nach ergänzenden Meldungen als weitaus schwerer heraus, als sich anfänglich übersehen ließ. Die Franzosen haben nach einer Feuertvorbereitung, die alles bisher Erlebte weit übertraf, gegen den Höhenzug des Chemin des Dames in der ersten Linie über 15 Divisionen eingesetzt und waren infolge der unerhörten blutigen Verluste gezwungen, immer mehr Reserven in den Kampf zu werfen, die sie von allen übrigen Teilen ihrer Front eiligst heranzogen. Ein Riesenhoch von 200 000 Mann sollte den entscheidenden Schlag führen. Schwere Verluste und minimale örtliche Erfolge waren das Resultat der ungeheuersten Anstrengung, zu der Frankreich alle verfügbaren Kräfte zusammengerafft hatte.

Am Vormittag des 6. Mai trat eine Kampfpause ein. Das französische Feuer blieb, abgesehen vom Abschnitt Brace bis Hurtebise Herme, matt, erst im Laufe des Tages wurde es wieder kräftiger und sehnte Kampfhandlungen von wachsender Stärke ein. Nach stürzender Artillerievorbereitung erfolgte östlich Monsojean ein feindlicher Angriff, der in unserem Feuer blutig zusammenbrach. Im Gegenzug dazu hatte ein von Rheinländern und Westfalen unternommener Vorstoß nordwestlich von Mennejean Erfolg und brachte uns wieder in den Besitz verlorengegangener Grabenründe. 3 Uhr nachmittags griffen die Franzosen zwischen Mal-

maison und Froimont Herme erbittert an. Sie wurden unter schwersten Verlusten abgewiesen. Das französische Feuer lag mit andauernder Festigkeit auf diesem Frontabschnitt. Weidenseits der Rögere Herme fanden wilde Kahlämpfe Mann gegen Mann um den vordersten Graben statt.

Auf dem Ostflügel der Kampffront wurde am den Winterberg vom Vormittag bis spät in die Nacht mit äußerster Erbitterung gekämpft. Nachmittags 6 Uhr nahmen die deutschen Truppen im Sturm ihre verloren gegangenen Gräben wieder zurück und behaupteten sie gegen sechsmalige feindliche wütende Anstürme. Die Franzosen hatten hier ganz außerordentlich schwere Verluste und mußten sich auf den Höhen zurückziehen. Das Plateau selbst ist neutrales Gebiet. In den Kämpfen um den Winterberg wurde eine größere Anzahl Gefangener eingebracht. Neue Meldungen bestätigen die außerordentlich schweren französischen Verluste, die namentlich vor der Mitte der Südfront, wo neben Regimentern der Wasserlantke Thüringer, Magdeburger, Hallenser und Gardetruppen mit großer Tapferkeit kämpften, ungeheuer sind. Eine südlich von Landricourt offen auffahrende feindliche Batterie wurde durch unsere schwere Artillerie mit fünf Schuß in Trümmer geschossen.

Gegen Abend raffte der Franzose nochmals alle verfügbaren Kräfte und Reserven zusammen, um nochmals in einem gewaltigen Ansturm auf 18 Kilometer Breite in der Linie Sancy-Alles vorzustoßen. Aber auch diese gewaltige Anstrengung aller Kräfte brach unter den schwersten Verlusten in unserem Sperr- und Maschinengewehrfeuer und im Kahlkampf zusammen. Ebenso erfolglos blieb ein heftiger Angriff zwischen Vougaillon und Laffaug.

Die Kämpfe des 6. und 7. Mai gehören zu den schwersten und für den Feind blutigsten aller bisherigen französischen Offensiven. Sie werden für alle Zeiten zu den stolzesten Ehrentagen der Kronprinzlichen Armeen an der Aisne und in der Champagne rechnen.

Die vierte Arraschlacht

ist zu Ende und brachte den Engländern trotz einem Massenaufwand von Menschen und Material auf der 30 Kilometer langen Front keinen anderen Erfolg als die Trümmerstätte des Dorfes Fresnoy nördlich der Scarpe.

Am Abend des 6. Mai drangen deutsche Patrouillen westlich Hullauch bis zum 3. feindlichen Graben vor, dessen Besatzung im Handgranatenkampf fiel. Ostlich Loos wurden feindliche Ansammlungen unter Vernichtungsfeuer genommen. Bereitstellungen westlich Achéville und Fresnoy wurden durch unser zusammengefaßtes Feuer niedergehalten. Nördlich Arras starbes Artilleriefeuer, das sich allmählich auch südlich der Scarpe geltend machte und in der Nacht zum 7. Mai in großer Stärke anhielt. Zwischen Fontaine und Quéant steigerte es sich in den frühen Morgenstunden des 7. Mai zum Trommelfeuer. Feindliche Angriffe sind bisher nicht erfolgt.

Im Raume nördlich Quentin ermittelten die erfolglosen Angriffe in der Gegend von Sornelleu, die die Engländer erhebliche Verluste kosteten. Ein nächstlicher englischer Vorstoß gegen die Vorposten zwischen Villeret und Quentin wurde verlustreich abgewiesen. Quentin wurde abermals rücksichtslos beschossen. Nachmittags wurde das Gewölbe der Kathedrale durch französische oder englische Vorkreuzer schwer beschädigt. Abends und nachts hielt das lebhafteste Feuer in mehreren Abschnitten an. Bei Villers-Flouich wurde eine Anzahl Engländer durch unsere Patrouillen gefangen genommen und Materialbeute eingebracht. Westlich Gricourt vorgehende feindliche Patrouillen wurden abgewiesen.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 6. Mai nachmittags. Nordöstlich von Soissons machten die Deutschen in der Nacht zahlreiche Angriffe mit starken Truppenbeständen auf die gestern von uns eroberten Stellungen. Der Kampf war besonders in der Gegend von Laffaug nördlich von dem Gehöft Froimont und von Braye-en-Laonnais und nordöstlich von Cerny erbittert. Überall wurden die Anstrengungen der Deutschen gebrochen und ihre Sturmwellen durch Feuer oder mit dem Bajonett zurückgedrückt. Wir haben unseren Gewinn reißend behauptet, unsere Truppen richteten sich auf dem eroberten Gelände ein. Es bestätigt sich, daß die Deutschen sowohl in dem gestrigen Kampfe wie bei ihren Gegenangriffen in der Nacht blutige Verluste erlitten haben. Kurz gesagt, haben uns alle Operationen am 4. und 5. Mai im Zusammenhange mit der Operation der Engländer zu Herren des größten Teiles des Stammes am Chemin-des-Dames auf 30 Kilometer Frontbreite gemacht. Die Zahl der jetzt gefangenen Gefangenen beträgt 6500, davon 150 Offiziere, unter ihnen mehrere Bataillons-Kommandeure. Wir haben 7 Geschütze, darunter mehrere schwere, erbeutet.

Deutsche Geschützkämpfe nordwestlich von Reims und in der Champagne. Wir haben einen Stützpunkt westlich vom Cornillet-Berge weggenommen und nach lebhaftem Kampfe zwei Versuche gegen unsere Gräben in der Gegend am Hochberge abgewiesen. Ein deutscher Handstreich auf die Maisons de Champagne ist gleichfalls gescheitert.

Luftkrieg. In der Nacht vom 3. zum 4. Mai und in der darauffolgenden haben französische Bombengeschwader 8500 Kilogramm Sprengstoffe auf deutsche militärische Anlagen, Bahnhöfe und Lager geworfen, besonders auf die Fabriken von Hagendingen. Mehrere Brände sind an den bevorstehenden Punkten festgestellt worden. Am 4. Mai haben französische Flieger drei deutsche Flugzeuge abgeschossen, Fluggeschwadergeschäfte ein viertes.

Vom 6. Mai abends. Nördlich von Soissons vervollständigen wir unsere gestrigen Erfolge und erweitern durch Einzelkampfhandlungen das eroberte Gelände. Wir eroberten mehrere wichtige Stützpunkte nördlich der Mühle von Laffaug und nördlich von Braye-en-Laonnais. Der Artilleriekampf war heftig in der ganzen Gegend des Chemin-des-Dames, wo die Deutschen von neuem während des Tages starke Gegenangriffe auf unsere Stellungen bei der Herme von Froimont, auf der Höhe von Vaucourt und im Abschnitt von Craonne richteten. Wir hielten überall unsere Gewinne und schlugen den Feind mit starken Verlusten zurück. Im Laufe eines dieser Angriffe stürzte ein unter unser Feuer genommenes deutsches Bataillon in Unordnung zurück und ließ auf dem Gelände einen großen Teil seines Bestandes. Die Zahl der bisher gemachten Gefangenen erreicht 6100. Ein einziges unserer Armeekorps machte bei Braye-en-Laonnais 1800 Gefangene und nahm auf einer Front von vier Kilometer fast die ganze Siegfriedlinie. Auf der übrigen Front zeitweilig aussehende Artillerieläufigkeit.

Englischer Heeresbericht vom 6. Mai nachmittags. Ein Versuch des Feindes, sich östlich von Le Vergier, wo er gestern zum Zurückgehen gezwungen worden war, wieder festzusetzen, blieb erfolglos. Wir führten nördlich von Gemelin auf einer Front von etwa 1 1/2 Meilen einen erfolgreichen Heeresangriff aus. Gestern nacht und heute früh unternahm der Feind erfolglose Angriffe gegen unsere Stellungen an der Hindenburglinie östlich von Bullecourt.

Vom 6. Mai abends. Spätere Meldungen zeigen, daß die feindlichen Angriffe gegen unsere Truppen in der Hindenburglinie östlich von Bullecourt besonders schwer waren. Beträchtliche feindliche Kräfte wurden in dieser Gegend ins Gefecht geführt und nach heftigem Handgemenge vom 6. Mai unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind unternahm zwei entschlossene Gegenangriffe früh am heutigen Morgen, um zu versuchen, den Abschnitt seiner Frontlinie südlich von Souchez-Ruisse, den wir gestern abend erobert hatten, wiederzugewinnen. Der Feind wurde beide Male vollständig zurückgeschlagen. Eine feindliche Gruppe

verfügte heute, sich einem unserer Posten südlich von HESVILLE zu nähern, wurde aber zurückgewiesen. Einer anderen feindlichen Gruppe gelang es, unsere Gräben westlich von HULLICH in der Nacht zu erreichen. Sie wurde aber unter Verlusten hinausgetrieben; wir hatten keine Verluste. In der letzten Nacht führten wir südlich von BOOS einen erfolgreichen Angriff durch. Während des Tages gab es auf beiden Seiten beträchtliche Artillerietätigkeit nördlich vom Scarpe-Flusse.

Der Krieg auf den Meeren. Neue U-Boots-Erfolge im Kanal, in der Biscaya und Nordsee.

Berlin, 7. Mai. Amtlich. 11 Dampfer, 1 Segler, 1 Fischdampfer mit

31 000 Br.-Reg.-To.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. italienischer Dampfer Savio (1922 To.) Ladung Kohlen von England nach Frankreich, russischer Dampfer Condor (3562 To.), Ladung Kohlen und Stahlgut (darunter Granaten und Sprengstoffe) nach Gibraltar für englische Regierung, französischer Dreimastkahn La Providence, Ladung Kohlen von England nach Frankreich, englischer Fischdampfer Upton Castle, ein unbekannter beladener Dampfer und ein unbekannter leerer englischer Dampfer, die beide aus demselben Geleitzug herausgeschossen wurden, ein abgeblendeter beladener und ein abgeblendeter halb beladener Dampfer, beide mit Kurs nach England, ein bewaffneter unbekannter Dampfer.

Zu den bereits früher veröffentlichten U-Boots-Erfolgen sind noch folgende Einzelheiten nachzutragen: die bewaffneten englischen Dampfer: Scalpa (1010 To.), Ladung unbekannt, Decklast Äpfel und Zwiebeln, Sculptor (3846 To.) mit Getreide, Tempus (2981 To.) mit Erz, Pontiac (1698 To.) mit Stahlgut, Neepanah (1799 To.), Epitaphion (4306 To.) mit Hafer und Mähsenblech, Angleson (4534 To.) mit Hafer und Stahl, Fernene (3770 To.) mit Getreide, englischer Segler Laura mit Holzladung. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 7. Mai. Englische und französische Pressenachrichten behaupten, daß das deutsche U-Bootboot, welches den englischen Dampfer Arcadian versenkt hat, selbst versenkt worden sei. Diese Behauptung ist unwahr. Das betreffende deutsche U-Bootboot liegt wohlbehalten im heimischen Hafen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der verärrtelte Parteiaussschlußbeschl. Wir haben gestern mitgeteilt, daß die „Humanität“ den Beschluß des deutschen Parteiaussschusses in der von „Radio“ vermittelten Form — unter Hinweglassung der entscheidenden Stellen — veröffentlicht habe. Eine inzwischen eingetroffene Nummer des Blattes bringt nachträglich den vollständigen Beschluß.

Für Frauenwahlrecht! Das Wiener A. A. Teleg.-Korresp.-Bureau meldet vom Sonntag aus Wien: Heute fand hier eine sozialdemokratische Massenversammlung zugunsten des Frauenwahlrechts statt, woran Tausende von Personen, zumeist Frauen teilnahmen.

Ein Aufruf des Königs von England ermahnt diejenigen, die Mittel zur Beschaffung anderer als Getreidelast besitzen, eindringlich die größte Sparsamkeit und Enthaltsamkeit bezüglich jeder Art von Körnerfrucht zu üben. Die Häuser der Haushaltungen werden aufgefordert, den Brotgenuss ihrer Familien um wenigstens ein Viertel des normalen Brotdarfs zu verringern. Der Aufruf soll überall angehängt und von allen Kanzeln an den vier folgenden Sonntagen verlesen werden. Die „Times“ sagt, die Lebensmittelfrage sei sehr ernst und bei weitem der ernsteste Teil in der derzeitigen Gesamtlage der Nation.

Zwolski bleibt Votschaffer. Nach Lyoner Blättern hat die einstweilige russische Regierung Zwolski als Votschaffer in Paris bestätigt; Zwolski hat dem Präsidenten Poincaré sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Brandgeschosse. Nach einer Meldung der deutschen Truppen verwendet die Entente unter Artillerie- und Infanteriegeschossen auch besondere Brandgeschosse. Am 22. April nachmittags wurde der Tornister eines Verwundeten von einem Infanteriegeschoss getroffen. Der Tornister brannte aus, das Fleisch fing an zu kochen. Bei einem anderen Verwundeten, dem durch einen Granatsplitter ein Arm abgerissen wurde, brannte das Fleisch in der Wundhöhle trotz des strömenden Blutes. Einem Maschinengewehrschützen wurde der Kopf durchgeschossen, der augenblicklich lichterloh zu brennen anfang. (W. Z. B.)

Brotmangel an der russischen Front. „Dien“ bezeichnet den in den Frontarmeen eintretenden Brotmangel als den Anfang einer allgemeinen Hungersnot. Während mindestens 300 Waggons Getreide wöchentlich an die Front gingen, treffen jetzt höchstens 80 ein.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Seeresetat.

In der Montagssitzung des Reichstags kam die sogenannte „zweite Garnitur“ der Fraktionsredner zum Seeresetat zur Sprache. Der Zentrumsarbeiter Schirmer wandte sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Cohn über die Streiks in den Militärbetrieben; es würden Flugblätter, die die Arbeiter zum Streik aufzuputischen versuchten, in der Schweiz gedruckt und über die Grenze geschmuggelt, die Arbeiterorganisationen hätten damit nichts zu tun. Eine Reihe von alten und neuen Beschwerden trug der Fortschrittler Müller-Meinungen vor. Er forderte vor allen Dingen eine gründliche Reform des Beschwerderechts und der Beförderungsverhältnisse; auch verlangte er auf Grund der Erfahrungen des Krieges die Abschaffung der Einjährig-Freiwilligenberechtigung. Das ist immerhin ein Fortschritt, da sich die fortschrittliche Volkspartei bisher mit einer Reform im Sinne der Erweiterung des Privilegs begnügen wollte.

In einer längeren Rede setzte sich unser Genosse Davidsohn mit den Rednern aus dem Hause und den Erklärungen des Regierungsveterinärs auseinander. An der Hand zahlreicher Materialen wies unser Redner die Berechtigung der sozialdemokratischen Beschwerden und Forderungen zu erweisen.

Nach Reden der konservativen Abgeordneten v. Graefe und Mum kam der Abgeordnete Vedebour zu Wort, der gegen die Vertreter der Regierung polemisierte, was zu einer Erwiderung des Generalleutnants Gröner in Form einer Reihe von Fragen an den Abgeordneten Vedebour führte. Vedebour hätte übrigens ruhig sagen können, daß er mit den Flugblättern, die Herr Gröner zitierte, nichts zu tun hat, was ja die Wahrheit ist.

Die Generaldebatte wurde sodann geschlossen.

Kleinarbeit im Verfassungsausschuss.

Der Verfassungsausschuss hat gestern wieder in raschem Zuge ein Stück Kleinarbeit zur Erweiterung der Parlamentsrechte geliefert. Einigen Aufenthalt, verursacht durch den wirklichen geheimen Oberbrenner Lewald, gab es bei der entsehrlich wichtigen Frage, ob jedes Bundesratsmitglied jederzeit im Reichstag außerhalb der Tagesordnung das Wort nehmen könne, oder ob dieses Recht dem Reichskanzler und seinen Vertretern vorbehalten bleiben solle. Herr Lewald geberdete sich wieder angeht der „revolutionären“ Absichten des Ausschusses wie ein Verzweifelter. Genosse Landtsberg verlag diesen Ritter von der Neuorientierung treffend mit dem Grafen York von Bartenburg, und regte damit den Gedanken an, ob nicht die Beisetzung des bedeutungsträgerischen Herrn im Herrenhaus an der Zeit wäre. Aber, wenn das Herrenhaus „aufgefischt“ werden soll, geht das auch wieder nicht!

Die konservative Presse fährt fort, als unmittelbare Folge der Ausschlußbeschlüsse das Ende der Monarchie zu prophezeien. Im „Berl. Tagebl.“ meint hingegen Th. Wolff, die Schlägen schöpfen ums Schwarze herum, es sei notwendig, das parlamentarische System durch eine entsprechende Bestimmung in der Verfassung selbst zu verankern. Auch wir meinen, daß ein deklarativer Uebergang zum parlamentarischen System von großem Nutzen wäre. Aber hätten wir schon die Bestimmung, daß der Reichskanzler auf Beschluß des Reichstags zu entlassen ist, glaubt Herr Wolff, daß Zentrum und Nationalliberale sich trauen würden, diese Bestimmung anzuwenden? Eine entschlossen ihren Willen vertretende Mehrheit wird hingegen mit einem unliebsamen Reichskanzler im Handumdrehen fertig werden, dazu hätte ihr schon die alte Verfassung genügt ohne die Beschlüsse des Ausschusses.

Eine Rede des Bayernkönigs.

König Ludwig von Bayern hielt am Sonnabend in Straßburg i. E. eine Rede an bayerische Truppen, in der er sagte: Das Deutsche Reich und seine Verbündeten haben unseren Feinden den Frieden angeboten, sie haben ihn nicht gewollt. So werden wir weiter kämpfen bis zum siegreichen Ende. Auch jetzt sind wir noch bereit zum Friedensschluß und zwar zu einem ehrenhaften Frieden, zu einem Frieden, der uns die Sicherheit gibt, daß wir nicht wieder von der ganzen Welt überfallen werden, wie es diesmal geschehen ist.

Das beste Mittel, eine Wiederkehr der gegnerischen Situation zu verhüten, liegt wohl in einer entsprechenden Führung der auswärtigen Politik.

Die polnischen Arbeiter im Reich.

Für die im Deutschen Reich beschäftigten polnischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten hat das Kriegsamt, wie im Haushaltsausschuss des Reichstags mitgeteilt worden ist, Anordnungen erlassen, deren wesentliche Bestimmungen lauten:

Die Urlaubsbestimmungen sind dahin erweitert, daß Urlaub künftig auch männlichen polnischen Arbeitern zwischen dem 17. und 45. Lebensjahre erteilt werden kann. Zuständig für die Beurteilung ist der für die Arbeitsstelle zuständige Landrat, in Stadtkreisen der erste Bürgermeister. Der Urlaub soll innerhalb der Vertragsdauer gewährt werden und nicht am Schluß der Verpflichtungszeit. Dem Arbeiter soll der Wechsel der Arbeitsstelle im Allgemeinen nach Vertragsablauf gestattet sein, wenn die von ihm vorgebrachten Gründe berechtigt erscheinen. Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter können im Einvernehmen der beiden Parteien durch die neugeschaffene Schiedsstelle entschieden werden. Widersteht sich einer der Beteiligten der Anrufung des Ausschusses, so wird über den Arbeitswechsel unter billiger Abmilderung der berechtigten Wünsche des Unternehmers und des Arbeiters wie bisher von den Verwaltungsbehörden entschieden. Liegt die neue Arbeitsstelle in einem anderen Gemeindebezirk, so muß die Genehmigung der Ortspolizeibehörde eingeholt werden; liegt sie in einem anderen Polizeibezirk, dann ist die Genehmigung des Landrats, in Stadtkreisen des ersten Bürgermeisters, nötig.

Der für die Arbeiter in Frage kommende nächste Arzt, Apotheker, Hebammen, ferner Postanstalten, Konsumvereine, Wohlfahrtsvereine, Privatgeschäfte usw. befinden sich häufig zwar in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstelle aber doch in einem anderen Ort- oder Polizeibezirk. Daher sind für Erledigung dieser Angelegenheiten und zur Befriedigung dringender Lebensbedürfnisse der Arbeiter gezwungen, das Verbot des Verlassens des Orts- oder Polizeibezirks fortgesetzt zu überlassen. Es werden daher, um unnötige Härten zu vermeiden, derartige nachweislich nötige Gänge zu dulden sein.

In industriellen Werken, die eine größere Zahl polnischer Arbeiter beschäftigen, kann diesen auf Wunsch der Mehrzahl der Arbeiter die Wahl eines Vertrauensmannes aus ihrer Mitte gestattet werden. Dieser soll bei Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter mit herangezogen werden. Dem Beitritt von polnischen Arbeitern zu den Gewerkschaften soll nicht entgegengetreten werden.

Zum Wechsel in der preussischen Verwaltung. Wie die „Ostdeutsche Presse“ meldet, hat der Regierungspräsident Dr. v. Guenther-Bromberg vor einiger Zeit sein Abschiedsgesuch eingereicht und tritt zum 1. Juni in den Ruhestand.

Parteinachrichten.

J. Janson-Braun gestorben.

Wie die „Berliner Tagwacht“ vom 30. April d. J., die uns erst jetzt zu Gesicht kommt, mitteilt, ist durch die Versenkung eines Schiffes im Sperrgebiet auch der Genosse Janson-Braun ums Leben gekommen, einer der führenden Genossen der Sozialdemokratie Lettlands. Er befand sich auf dem Wege von England nach Russland, um, wie in der ersten russischen Revolution, auch in dieser der Gegenwart dem russischen Proletariat zu dienen. Die russisch-lettische Sozialdemokratie verliert in dem Genossen Janson-Braun, wie die „Berliner Tagwacht“ mit Recht hervorhebt, einen ihrer besten und treuesten Kämpfer, der an der Wiege der Partei gestanden und durch lange Jahre der Verfolgung und des Exils ihr in ungebrochener Treue in den verantwortlichsten Parteiamtern gedient hat. Er war, wie wir hinzufügen möchten, Mitglied des Internationalen Bureau und ist auch den deutschen Genossen aufs beste bekannt. Während des Krieges hat er sich, wie wir wissen, über die Mehrzahl der deutschen Sozialdemokratie und ihre politische Stellung sehr bitter ausgelassen, aber wie wir vor jeder ehrlichen Ueberzeugung Respekt haben, so hatten wir erst recht vor der ehrlichen Ueberzeugung dieses alten revolutionären Kämpfers Achtung, und wir werden ihm diese Achtung gern über das Grab hinaus bewahren.

Von den Unabhängigen. Der Vorstand des Kreisvereins Schwarzburg-Sonderhausen ist aus der Bezirksorganisation Grobthüringen ausgeschieden, um der „Unabhängigen“ Sozialdemokratie beizutreten.

In der „Leipziger Volkszeitung“ schildert Adolf Hoffmann die Verhände, die bei ihm gemacht wurden, um eine Empfehlung des bekannten englischfreisinnigen Buches von Carl Erdmann zu erhalten, zu dem bekanntlich später Julian Borchardt die Vorrede geliefert hat. Nach Adolf Hoffmann soll Erdmann die Schrift, die den rücksichtslosesten Untersee-Boot-Krieg im Rahmen der radikalen Sozialdemokraten propagierte, gar nicht verfaßt haben, sondern ein Student namens Mückenmeister.

Die „Unabhängigen“ in Braunschweig haben befaßlich im Konsumverein die Kündigung zweier Beamter durchgesetzt. Schon zuvor hatten sie den beiden langjährigen Arbeitersekretären gekündigt, weil diese der Partei treu bleiben wollten. Jetzt sollen die beiden Ortsbeamten des Metallarbeiterverbandes, der Bevollmächtigte Hammerich und der Kassierer Schermbach, nach 17- und 11-jähriger Tätigkeit entlassen werden; beide sind Mitbegründer der Organisation am Ort.

Die Bremer „Arbeiterpolitik“ enthält einen Aufruf der Ortsgruppen Bremen und Hamburg der Gruppe Internationale, sich der „unabhängigen“ Sozialdemokratie nicht anzuschließen, weil diese auch wieder eine Partei der Intelligenz und des Parlamentarismus geworden sei. Wer des ewigen Kompromissens und des forumpierenden Verfalls spiels satt sei, müsse an der Gründung einer selbständigen „Links-Radikalen-Organisation“ mitwirken. Man ist immer der „Reaktionär“ für irgendetwas!

Geistige Erschöpfung. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen erucht: Dem „Gothaer Generalanzeiger“ ist ein Rundschreiben in die Hände gekommen, in dem der Verlag der „Sozialdemokratischen Feldpost“ bisherige Bezahler von Gratisprobenummern um Einsetzung der Abonnementgebühr erucht mit dem Hinweis, daß für eine dauernde Gratislieferung des Blattes nicht die Mittel vorhanden seien. Im Anschluß hieran laubt das Gothaer Blatt von der „Erschöpfung des geheimnisvollen Fonds“, aus dem die Feldpost bisher habe schöpfen können. Der „geheimnisvolle Fonds“ ist ein Hauptstück unter jenen Verleumdungswaffen, die sich die „Unabhängigen“ beim Reichsverband zur Veräppelung der Sozialdemokratie für die Zeit des Bruderkampfes ausgehoben zu haben scheinen, er hat ebenso wenig jemals existiert, als er jetzt erschöpft sein kann. Dafür läßt die Notiz auf eine andere Erschöpfung schließen — die totale geistige Erschöpfung der „Unabhängigen“, die statt mit Argumenten nur noch mit Verdächtigungen arbeiten.

Letzte Nachrichten.

Die Franzosen und Stockholm.

Paris, 7. Mai. Laut „Petit Parisien“ kamen gestern in Paris 45 von den 90 in Frankreich bestehenden sozialistischen Verbänden zusammen, um die Haltung auf dem Nationalkongress der sozialistischen Partei am 27. Mai festzulegen, wo die Beteiligung der Partei an der Zusammenkunft in Stockholm erörtert werden soll. Den Vorsitz führte der Abgeordnete Deguise, der erklärte, es sei notwendig, für die Kriegsoffer eine Schadloshaltung zu erreichen. Der Führer der Minderheit, der Abgeordnete Longuet, verlas ein Telegramm Brantings, nach dem die Zusammenkunft in Stockholm auf den 10. Juni verschoben wird. Longuet erklärte, man müsse die Spaltung in der deutschen sozialistischen Partei und die russische Revolution als neue Tatsachen betrachten, die die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ermöglichen. Die Minderheit werde diesen Standpunkt auf dem nächsten Nationalkongress aufrechterhalten. Es wurden sodann verschiedene Zuschriften verlesen, die Fortschritte der Minderheitsbewegung in der Provinz feststellen und den Bund ausdrücken, das Internationale Sozialistische Bureau unverzüglich einzuberufen.

Schutz für Petersburg.

Der Petersburger Oberbefehlshaber General Korniloff hat laut amtlicher Meldung einen Tagesbefehl erlassen, in dem er zur Bildung einer neuen mächtigen Armee und zur Verteidigung der Reichshauptstadt die Wiederanstellung von Reserveverbänden anordnet. Diese wieder aufgestellten Verbände werden in Petersburg bleiben müssen, in Uebereinstimmung mit der Erklärung der vorläufigen Regierung, und bereit sein, die bürgerliche Freiheit zu verteidigen und im Falle einer Bewegung des Feindes gegen Petersburg sich ihm entgegenzustellen und ihn von der Hauptstadt fern zu halten.

Der Kosakenrat gegen Straßendemonstrationen.

Petersburg, 6. Mai. (Neuermeldung.) Auf einer Versammlung des Kosakenrates wurde eine Resolution angenommen, daß bewaffnete oder unbewaffnete Straßendemonstrationen gegen die Regierung als Verrat gegen die russische Freiheitsbewegung zu betrachten seien.

Auch Brasilien?!

Rio de Janeiro, 6. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Die Grundlage des Programms des neuen Ministers des Äußeren Becaña wird vollständige und tatkräftige Mitarbeit auf der Seite der Vereinigten Staaten sein. Bei dem Mangel an militärischen Hilfsmitteln würde Brasilien den Vereinigten Staaten alle Gegenstände der nationalen Erzeugung zur Verfügung stellen, sie dürften auch auf andere Maßnahmen rechnen, die sich im Laufe der Ereignisse im Interesse der gemeinsamen Sache als notwendig erweisen würden. Das Vorgehen Brasiliens würde selbstverständlich den Widerruf des Neutralitäts-erlasses vom 28. v. Mis. mit sich bringen.

Sechste ungarische Kriegsanleihe.

Budapest, 7. Mai. Die sechste ungarische Kriegsanleihe wird in der ersten Hälfte des Monats Mai zur Ausgabe gelangen, und zwar wird diesmal bloß eine sechsprozentige Rentenanleihe mit Ausschluß von kurzfristigen Scheinen emittiert werden.

Amerika will keine Zensur.

New York, 7. Mai. Das Abgeordnetenhause lehnte die Forderung der Regierung auf Einführung der vorbeugenden Zensur für redaktionelle Ausführungen ab und ordnete an, daß Anzeigen gegen Zeitungen, die wegen Veröffentlichung verbotener militärischer Nachrichten verfolgt werden, vor Schwurgerichten verhandelt werden.

Dagegen ist die Kohlenproduktion unter Staatsaufsicht gestellt worden.

Norwegische U-Boot-Not.

Kristiania, 7. Mai. In der Zeit vom 28. April bis 5. Mai verlor die norwegische Handelsflotte 17 Schiffe mit 21 668 Registertonnen. Ihr Gesamtverlust seit Kriegsbeginn beträgt jetzt 103 Schiffe mit 702 026 Registertonnen.

Eine Vorlage über die Zivildienstpflicht ist im Storting eingebracht worden.

Keiner will ihn!

Bern, 7. Mai. „Petit Parisien“ meldet: Ein Ansuchen des Herzogs von Orleans, in der amerikanischen Armee kämpfen zu dürfen, ist vom Staatssekretär des Krieges dankend abgelehnt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausfluß für Groß-Berlin.

In der Maschinenfabrik in D. sind 6 Dreher beschäftigt, die bis zur vollständigen Einrichtung der Affordarbeit in Stundenlohn arbeiten. Da der Stundenlohn niedriger ist als der in Aussicht genommene Affordlohn, erhalten die Dreher bis zur vollständigen Einführung der Affordarbeit einen Lohnzuschlag von 10 Pf., der bei den Drehern, die ständig in Lohn arbeiten, beibehalten werden soll.

820 Arbeiter der verschiedensten Berufe in der Gasanstalt in Berlin-N. fordern eine Lohnhöhung von 20 Pf. Nach einigen Auseinandersetzungen wird festgestellt, daß die Löhne und Verdienste erheblich unter den Sagen sind, die in den Gasanstalten Berlins gezahlt werden. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß die Löhne den in Berliner Gasanstalten üblichen gleichgestellt werden sollen. Auch die in Berlin vorfindenden Steigerungen der Löhne sollen in Zukunft ohne weiteres den Arbeitern der Gasanstalt zu M. gezahlt werden.

Aus einem Spandauer Heeresbetriebe erscheint eine Kommission im Auftrage von 120 Mann. Sie fordern eine Erhöhung ihres Verdienstes. Es stellt sich heraus, daß die Arbeiter über ihren Verdienst bisher nur äußerst mangelhaft informiert waren. So haben sie zum Beispiel bis jetzt nicht gewußt, ob sie Stundenlohn oder Stilllohn arbeiten. Der Vertreter des Betriebes erklärt, daß am 1. April die Arbeit, die ständig im Stilllohn verrechnet wird, wesentlich im Preis heraufgesetzt ist. Dies kann allerdings erst bei der Verrechnung im Mai zum Ausdruck kommen. Die Preise sind so festgesetzt, daß erheblich mehr verdient werden kann als bislang. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß die Arbeiter die Wirkung der am 1. April erfolgten Preiserhöhung erst einmal abwarten sollen und sich dann über eventuelle weitere Maßnahmen verständigen. Die weiter geforderte Freigabe des Sonntags ist bereits erfüllt, da Sonntagarbeit nicht mehr gefordert wird. Es wird den Arbeitern weiter zugesagt, daß sie jederzeit durch den Arbeiterausschuß Einsicht in die Verdienstrechnung nehmen können. Bezüglich der Verlängerung der Arbeitszeit sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Eine Kommission der Firma J. (Berlin, Mariannenpark) erschien im Auftrage von circa 350 Arbeitern und Arbeiterinnen, um eine Lohnhöhung zu fordern. Da die Sache aber noch sehr ungelöst ist, wird die ganze Angelegenheit an den Betrieb zurückverwiesen, um unter Einwirkung von Organisationsvertretern nochmals zu beraten. Sollte im Betrieb keine Einigung erzielt werden, wird die Sache dem Kriegsausfluß nochmals beschickigt.

Von der Flugzeugwert in St. kommt eine Kommission namens der gesamten Belegschaft und fordert eine Verdiensterhöhung. Nach Feststellung der erzielten Verdienste erkennt der Kriegsausfluß eine Erhöhung der Verdienste als berechtigt an, doch soll über die Einzelheiten nochmals im Betrieb verhandelt werden. Um zu verhüten, daß durch die Verzögerung eine Benachteiligung der Arbeiter eintritt, soll die zu gewährende Zulage vom 19. April ab gelten.

Die Arbeiter der Firma E. in L., ca. 1300 Mann, fordern eine Verdiensterhöhung. Nach längerer Verhandlung erklärt sich die Firma bereit, den Arbeitern entgegenzukommen, wobei der größte Teil der bei der Firma beschäftigten Arbeiter bei Lohn- und Affordarbeit eine Erhöhung von 10 Proz. erhalten soll. Dieser Vorschlag wird von der Kommission der Betriebsversammlung unterbreitet werden. Die Zustimmung steht noch aus.

In einem großen Leinwandbetrieb in St. mit circa 1900 Beschäftigten hatten die Arbeiter Lohnaufbesserungen gefordert. Die Firma ist bereit, Lohnaufbesserungen zu geben, und zwar den Männern mindestens 10 Pf., den Frauen mindestens 8 Pf. für die Stunde. Allen denjenigen, denen eine solche Lohnaufbesserung nicht zugefunden wird, ist die Firma bereit, einen Abkchreiben zu geben.

Auf eine Anfrage des stellvertretenden Generalkommandos wird die Angelegenheit des Formers W., der bei der Firma V. in N. beschäftigt ist, untersucht. In der Sache wird festgestellt, daß die Firma den Formern, trotzdem er noch bei ihr beschäftigt ist, abgemeldet und um seine sofortige Einziehung dringend gebeten hat, und zwar weil er sich nach Ansicht der Firma ungebührlich betragen haben soll. Der Kriegsausfluß rügt das Verhalten der Firma auf das nachdrücklichste und erklärt der Firma, daß, wenn sie den Formern nicht mehr beschäftigen will, sie das Recht der Entlassung mit Abkchreiben habe. In diesem Falle könne sich der Mann andere Arbeit suchen. Es geht aber auf keinen Fall, daß man einen Mann, der von der Militärbehörde zur Verfügung gestellt ist, einfach einberufen lassen will, inzwischen aber weiter beschäftigt. Es wird ein entsprechender Bericht an das Generalkommando gemacht.

Von der St. Glashütte rufen 190 Glasarbeiter den Kriegsausfluß als Schlichtungsausschuß nach § 13 des Gesetzes an. Die Arbeiter haben eine Forderung gestellt auf Erhöhung ihres Verdienstes um täglich eine Mark und für die Lehrlinge um 50 Pf. Die Firma will aber nur 20 Pf. bzw. 10 Pf. geben. Nach eingehender Beratung fällt der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: Bei täglich 8 1/2 stündiger Arbeitszeit sollen die Glasarbeiter 60 Pf., die Lehrlinge 30 Pf. Zulage erhalten. Beide Parteien erklären sofort, daß sie den Schiedsspruch annehmen.

Zur Arbeitszeit im Friseurgewerbe.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands beschloß, daß die Mitglieder ab 15. Mai des Sonntags nicht länger als bis 1 Uhr mittags arbeiten sollen. Zugleich wurde die Bestimmung des Tarifvertrags in Erinnerung gebracht, wonach die Gehilfen an den zweiten Feiertagen, wie Pfingstmontag, vollständige Arbeitsruhe haben. Nach Ausbruch des Krieges war von der Durchführung dieser Bestimmung abgesehen worden, mit Rücksicht auf die Geschäftsinhaber, die zum Heere eingezogen sind und deren Frauen das Geschäft allein weiter führen mußten. Mittlerweile hat sich jedoch die Situation derart gestaltet, daß irgend eine Schädigung aus dem Geschäftsschluß an den drei zweiten Feiertagen aus diesen Geschäften nicht erwächst. — Den unorganisierten Gehilfen soll empfohlen werden, sich dieser Regelung anzuschließen.

Verbandstag der Konsumvereine.

Den 53. Verbandstag hielt der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten am Sonnabend und Sonntag im Gewerkschaftshause zu Berlin ab. Er war von den Konsumvereinen aus den Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Ost- und Westpreußen sehr stark besetzt. Insgesamt waren von den 104 angeschlossenen Genossenschaften 70 Vereine durch 123 stimmberechtigte Delegierte und 118 Teilnehmer vertreten. Nach der Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden Paul Müller warf der Sekretär der Konsumvereine, Berlin und Umgegend, Genosse Kirus, einen Rückblick auf die Konsumvereinsbewegung in Berlin.

1904 hatte Berlin ebenfalls die Ehre, die Delegierten aus den östlichen Provinzen zu beherbergen. Damals war in Berlin nur eine schwache Bewegung vorhanden, so daß viele glaubten, daß Volkstädte kein geeigneter Genossenschaftsboden seien, zumal da auch der weit stärkeren englischen Genossenschaftsbewegung es bisher nicht gelungen ist, in der englischen Metropole, London, Fuß zu fassen. Seit 1905 ist die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaft Berlin von 11000 auf 110000 und der Umsatz von noch nicht anderthalb Millionen auf über 25 Millionen gestiegen. Berlin wird bald die größte Genossenschaft nicht nur

Deutschlands, sondern der ganzen genossenschaftlichen Welt sein. In der gleichen Zeit sind die von den Mitgliedern eingezahlten Spargelder von 41000 M. auf zehn Millionen Mark gestiegen, ein Beweis des Vertrauens zu den Konsumgenossenschaften. Der Krieg hat bewiesen, daß es für die Lebensmittelförderung eines Volkes der Organisation bedarf und daß die Konsumgenossenschaften für die Versorgung nicht entbehrt werden können.

Dr. August Müller, der die Größe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine überbrachte, weist darauf hin, daß wir heute unter den denkbar schwersten Verhältnissen leiden, doch werden diese für die Konsumvereine auch nach dem Kriege nicht so schnell besser werden. Das Rationierungssystem kann nur allmählich abgebaut werden. In der Uebergangszeit werden die Konsumvereine große Aufgaben zu erfüllen haben. Dazu ist die Stärkung der Kapitalkraft erforderlich. Die Konsumvereine haben sich in geradezu glänzender Weise bewährt und bewährt, und zwar ohne jede Hilfe seitens der Regierung.

Verbandssekretär Hildebrandt erstattete den Bericht über die im Laufe des Jahres vorgenommenen Revisionen. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Buchführung und die sonstigen Einrichtungen zu keinen größeren Beanstandungen Veranlassung geben, und daß die Vereine wiederum bemüht waren, die Bilanz recht vorsichtig aufzustellen. Besonders sind die Warenbestände entsprechend den Zeitverhältnissen in die Aktiven eingestuft, und bei den Abschreibungen auf Inventar, Maschinen, Grundstücke usw. ist die größte Vorsicht geübt worden; auf die Kapitalbildung wurde bei der Verteilung des Reingewinns die erforderliche Rücksicht genommen.

Am zweiten Verhandlungstage besprach Verbandsvorsitzender Paul Müller die Entwicklung des Verbandes.

Die Mitgliederzahl stieg von 241 467 im Jahre 1915 auf 274 152. Der Warenumsatz betrug insgesamt 62 851 074 M., gegen 51 303 276 M. im Vorjahre. Eine starke Zunahme weist die Eigenproduktion auf; der Produktionswert stieg von 11 453 072 M. auf 14 464 584 M. Der Warenumsatz bei der Großverkaufsgesellschaft hat unter der Verbrauchsregelung stark gelitten, da die Gesellschaft von der Belieferung der Konsumgenossenschaften ausgeschlossen und diese den Kommunalverbänden übertragen wurde.

Der Verbrauchsregelung der Lebensmittel.

Ist ein recht starkes Kapitel in dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht gewidmet, und der Sekretär Hildebrandt behandelt dieses Thema in seinem Sekretariatsbericht in fast einständiger Vortrage. Er stellt zunächst fest, daß die von den Konsumgenossenschaften in den beiden ersten Kriegsjahren geforderte Beschlagnahme aller knapp werdenden Lebensmittel, die Verbrauchsregelung dieser Waren und Festsetzung von erschwinglichen Höchstpreisen bis heute noch nicht voll durchgeführt ist, sondern dieselbe wohl in den Grundzügen Anerkennung gefunden haben, aber die Durchführung in der Praxis doch vollkommen versagte. Große Klagen können aber die Konsumgenossenschaften über die Verteilung der Waren durch die Kommunalverbände erheben; die Rechte der Genossenschaften müssen fortgesetzt erstritten werden. Die für die Abschaffung einer gerechten Belieferung gemachten Einwände erinnern sehr stark an das Rüstzeug der Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden sowie der Behörden, wie es vor Ausbruch des Krieges gegen die moderne Konsumgenossenschaftsbewegung angewandt wurde.

Die dem Vortrage folgende Diskussion, an der sich Meher-Stein, Kuzhat-Alift, Kirus, Berlin und Dr. August Müller beteiligten, förderte noch manches Material über die ungenügende Lebensmittelförderung der Bevölkerung zutage. Besonders verlangte Kirus dabei, daß gegen die Lebensmittel-erzeuger nur die gleiche scharfe Sprache gefunden werden möge, die Generalmajor Gröner kürzlich gegen die streikenden Arbeiter gefunden hat.

In dem nächstfolgenden Tagesordnungspunkt: Die Zulassung mehrerer Geschäftsanteile, die Verzinsung der Geschäftsanteile und die Stärkung der Kapitalkraft der Konsumvereine tritt Dr. August Müller dafür ein, daß

die Kapitalkraft der Konsumvereine

unbedingt gestärkt werden müsse, und dies geschehe durch den zukünftig zu erstrebenden Fortfall der Verzinsung der Geschäftsanteile, durch die Festsetzung der Geschäftsanteile auf mindestens 30 Mark und durch die Zulassung mehrerer Geschäftsanteile. — In der Diskussion wünscht Dreiter-Langenbielau während der Kriegszeit von einer Beschlussfassung über Erhöhung der Geschäftsanteile Abstand zu nehmen. Kirus und Worowski-Königsberg treten für die Erhöhung der Geschäftsanteile auf 50 M. ein. Der letztere wünscht weitgehende Beschlüsse und bekräftigt die Zulassung und sogar die Verpfändung für die Erwerbung mehrerer Geschäftsanteile durch die Mitglieder. Beschränkung der Frist bezüglich der Einzahlung auf ein Jahr, statutarische Festsetzung, daß die Rückvergütung auch nicht teilweise früher zur Auszahlung zu bringen sei als bis der Geschäftsanteil voll eingezahlt ist, die Einführung von Risikofonds, Einführung eines laufenden Beitrags und die Aufhebung der bisherigen teilweisen Rückzahlung der Ertrübnung an die Mitglieder. Zum Schluß der Diskussion wurde folgende

Resolution

angenommen: „Der Verbandstag beschließt, die Verbändevereine aufzufordern, im Sinne der Ausführungen des Vortragenden über die Stärkung der Kapitalkraft der Konsumvereine die nötigen Schritte zu tun, um alsbald nach Beendigung des Krieges das eigene Kapital so durchgreifend zu vergrößern, daß der Ausbau der vorhandenen Betriebszweige, und insbesondere die größere Entwicklung der Eigenproduktion der Vereine nach Maßgabe der vorhandenen eigenen Mittel tunlichst rasch erfolgen kann. Für die Festsetzung des Geschäftsanteils wird ein Betrag von mindestens 50 M. pro Anteil als zweckmäßig angesehen. Dem Verbandsvorstand ist fahungsgemäß von allen beabsichtigten Veränderungen auf den bezeichneten Gebieten vorherige Mitteilung zu machen.“

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten schließt der Vorsitzende den Verbandstag mit der Erwartung, daß der Krieg baldigst beendet und die Genossen und ihre Vereine wieder schaffende und werbende Friedensarbeit zum Ruhm der Menschheit leisten können.

Industrie und Handel.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

In dem sehr ausführlichen Geschäftsbericht spiegelt sich die Kriegswirtschaft mit ihren unzähligen Geschäftserlöswarnissen, der öffentlichen Bewirtschaftung der lebenswichtigsten Waren, der Veränderung der Einfuhr usw. Der Warenumsatz ist von 153 auf 184 Millionen Mark gestiegen. Am stärksten war der Rückgang in der zweiten Jahreshälfte. Die Einkaufsvereinigungen haben sich wegen der Notwendigkeit informativer Erörterung der Kriegsverordnungen ausgesprochen bewährt, obwohl die Summe der Umlage gegen das letzte Friedensjahr 1913 von 57,9 auf nur 20,3 Millionen Mark zurückgegangen ist und nur Waren untergeordneter Bedeutung eingekauft werden. Von genossenschaftlichen Organisationen wurden 6,7 gegen 7,8 Millionen Mark bezogen.

Sehr gut hat sich die Eigenherzeugung entwickelt, die im Jahre 1913 nur 10 Millionen Mark ausmachte, im Jahre 1914 aber schon 29 Millionen Mark. Besonders gut hat sich die Leigwaren-fabrik Großa entwickelt. Neu eröffnet wurde eine Gemüsmühle in Gamburg. Interessant ist die große Steigerung der Preise aller Gewürze, besonders des schwarzen Pfeffers. Für den Metzgermetzen rohen schwarzen Pfeffers wurden 1913 98 M., 1914 aber 250 M. gezahlt. Für Raucher werden folgende Preissteigerungen von 1914 bis August vorigen Jahres von einigem Interesse sein:

für Deckblatt	rund 200 Proz.
„ „ „ „ „	800
„ „ „ „ „	350
„ „ „ „ „	400
„ „ „ „ „	500
„ „ „ „ „	500

Der Bestand an Vorkaufslagen war am 31. Dezember des Jahres 1912 43,9 Millionen Mark gegen 22,7 Millionen Mark zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Reingewinn beträgt 2 176 151,04 M., nachdem 1,35 Millionen Mark abgeschrieben und 1,57 Millionen Mark dem Vorkaufslagen- und Produktionsfonds zugewiesen worden sind. Für Kriegsfürsorge wurden 444,915 M. aufgewendet.

Der Bericht schließt mit einem zukunftstrophischen Ausblick: „Wir haben ein Bauprogramm aufgestellt, das die Einrichtung von zehn neuen Betrieben vorsieht, deren Schaffung nach und nach in die Wege geleitet werden soll. Hand in Hand mit der Erstellung weiterer Produktionsbetriebe soll der Ausbau unserer Lagerorganisation gehen; an den Brennpunkten des Verkehrs, unter Berücksichtigung des nach dem Kriege zu erwartenden Ausbaues der deutschen Wasserstraßen, wollen wir Handelszentralen und Produktionszentralen errichten, um so eine gesunde Dezentralisation, die sich aber doch von einer Zersplitterung der Kräfte fernhält, zu erreichen.“

Preisdreier-Erlaß. Der preussische Justizminister hat die Staatsanwaltschaft angefordert, vor Verfolgung wegen übermäßigen Gewinns Sachverständige zu hören — die allerdings meist sehr einseitig Partei ergreifen werden — und zugleich folgende Bemerkungen über den Begriff des übermäßigen Gewinns gemacht: „Was die Frage der Ermittlung des nichtübermäßigen Gewinns anlangt, so findet die gelegentlich vertretene Ansicht, als ob der Kaufmann im Kriege stets nur den ziffernmäßig gleichen Gewinn wie im Frieden berechnen dürfe, weder in der Entstehungsgeschichte der betreffenden Verordnung noch in der Praxis der Zentralbehörde, noch in der Praxis des Reichsgerichts eine Grundlage. Vielmehr ist wiederholt anerkannt worden, daß dort, wo besondere Umstände es rechtfertigen, insbesondere wo die Verhältnisse im Kriege anders gestaltet sind als im Frieden, die Berechnung eines anderen Gewinnes zulässig sein kann.“

Die Steigerung amerikanischer Eisenpreise ist ganz enorm, wobei allerdings auch auf die in Deutschland üblichen kolossalen Preisprünge verwiesen werden muß. Folgende Gegenüberstellung ist sehr anschaulich:

	Dollar pro Tonne	Stahlknüppel
Anfang Juli 1914	14,75—15,25	19
Anfang Mai 1917	48,00—43,50	80

Soziales.

Eine zeitgemäße Aufgabe.

Der Deutsche Wohnungsausfluß regt in einer Zeitschrift an, um eine reichsweite Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens an.

Im Siedlungs- und Wohnungswesen unseres Volkes stehen große Ummwälzungen bevor. Die Bevölkerung sowohl wie die maßgebenden behördlichen Stellen sind sich darüber einig, daß, um die Volkskraft nach den ungleichen Verlusten des Krieges wieder entsprechend zu stärken und um den dringenden bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, eine umfassende innere Kolonisation getrieben und für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung der Uebergang zu einer viel weitläufigeren, viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und der Natur bietenden Siedlungsweise gefunden werden muß. Zu den Reformmaßnahmen, die für eine Verwirklichung dieser Gedanken notwendig sind, gehört gerade eine Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens. Gerade die neuesten Erfahrungen, die man in verschiedenen Teilen Deutschlands gemacht hat, lassen diese Reform als drächtig dringend erscheinen. Da nur die Reform des Enteignungsrechts und Enteignungsverfahrens durch die Einzelstaaten, zu deren Zuständigkeit dieses Gebiet gehört, in den letzten Jahrzehnten nur sehr wenig vorgebracht ist, so würde es sich sehr empfehlen, daß der Reichstag sich baldmöglichst einmal gründlich dieser Sache annähme und einen größeren Fortschritt auf diesem Gebiete auf reichsrechtlicher Grundlage mit Nachdruck anstrebe.

Reformen in der Armenpflege.

Die Erfahrungen des Krieges haben die Notwendigkeit einer Umgestaltung unseres Armenwesens in mehrfacher Hinsicht bewiesen. Ganz abgesehen von der Regelung der Kriegshinterbliebenenfürsorge und von dem Abbau der Kriegswohlfahrtspflege und ihrer Eingliederung in die gesamte Wohlfahrtspflege handelt es sich vor allem um die gezielte Reform des öffentlichen Armenrechts in bezug auf Wahrheitsverlust und Erstattungsanspruch. In der Frage des Einflusses des Empfangs von öffentlichen Unterstützungen auf den Verlust des Wahrheits, die schon vor dem Kriege die gefeggebenden Körperlichkeiten beschäftigt hat und die neuerdings den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen in Fachkreisen bildet, stehen sich zwei Auffassungen gegenüber. Die eine Richtung will den Verlust des Wahrheits bei öffentlicher Armenunterstützung als eine notwendige polizeiliche Maßnahme beibehalten wissen, sie sieht sich in ihrer Ansicht, daß mit der Inanspruchnahme öffentlicher Armenpflege irgendein Rechtsnachteil verbunden sein müsse, bestätigt durch die Erfahrungen der Kriegsfürsorge, die bekanntlich ohne jeden Rechtsnachteil gewährt wird. Die andere Richtung sagt sich, gerade wenn man dahin strebe, der öffentlichen Armenpflege nach dem Kriege einen Teil der Lasten der Kriegswohlfahrtspflege zu übertragen, müsse alles was abschreckend wirkt, von ihr ferngehalten werden. Solange der Verlust öffentlicher Rechte damit verbunden sei, könne man den zurückbleibenden Kriegsteilnehmern nicht zumuten, sich, wenn sie in einer Notlage sind, an die öffentliche Armenpflege zu wenden.

Im Zentralausschuß des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, der die Frage neuerdings behandelt hat, hat der Referent Bürgermeister von Hollander-Rammheim an die Spitze seiner Thesen den Satz gestellt, daß die für die Zeit nach dem Kriege erforderliche soziale Ausgestaltung der Armenpflege vor allen Dingen voraussetzt, daß die heute gegen die öffentliche Armenpflege in den weitesten Kreisen der Bevölkerung herrschenden Vorurteile beseitigt werden und daß es zu diesem Zweck in erster Linie der Streichung aller Bestimmungen bedarf, wonach erfolgte Armenunterstützung den Verlust des Wahrheits nach sich zieht.

Ebenso wichtig ist die Regelung des Erstattungsanspruchs. In dieser Beziehung herrscht unter den Leitern der deutschen Armenverwaltungen wohl Uebereinstimmung darüber, daß der Erstattungsanspruch zwar nicht gänzlich beseitigt werden kann, daß er aber wesentlicher Einschränkungen bedarf, und zwar soll die Einführung von Armenunterstützung nicht als Vorbehalt oder als Darlehen angesehen, sondern die Unterstützung soll nur dann zurückgefordert werden, wenn sich später herausstellt, daß sie überhaupt nicht nötig war oder wenn die Unterstützten später Vermögen erlangen. Eine Rückforderung der Unterstützung aus dem Einkommen früher unterstützter Personen dagegen soll überhaupt nicht stattfinden.

Werden diese Vor schläge in die Tat umgesetzt, so wird unsere Armenpflege unmerklich schon nicht unmerklich gebessert werden. In der Hauptsache kommt es natürlich auf die soziale Handhabung der Armenpflege in der Praxis an.

Verantwortl. i. V. Dr. Franz Dieberich, Berl.-Friedenau; für d. Abdruck Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reußla; für Inserate: Ed. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Verfassungsausschuss.

Heeresbefolgung nach Reichsgesetz. — Bundesrat und Reichstag. — Geheimnisse. — Wahlprüfungen und Reichstagsverwaltung.

In der Sitzung vom Montag wurde zunächst der Antrag beraten, im Artikel 71 folgenden Absatz 2 hinter Absatz 1 einzufügen!

„Die Bewilligung der Befolgungen und sonstigen Gebühre für Heer und Marine erfolgt im Frieden und im Kriege auf Grund der reichsgesetzlichen Vorschriften.“

Abg. Gröber bezeichnet als Zweck des Antrages, zu erreichen, daß die Kriegsbefolgung durch Gesetz geregelt werden soll. — Der Antrag wird angenommen.

Die Beratung wendet sich nun dem

Bericht des Unterausschusses

zu, und zwar zunächst folgenden Anträgen:

1. Artikel 9 Satz 1 der Reichsverfassung wird dahin abgeändert: Jedes Mitglied des Bundesrats hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen und muß daselbst auf Verlangen jederzeit während der Beratung zu den Verhandlungen gegenwärtig sein, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Mehrheit des Bundesrats nicht angenommen worden sind.

2. Im Artikel 15 wird als Abs. 3 angefügt: Der Reichskanzler und seine Stellvertreter haben das Recht, im Reichstag auch außerhalb der Tagesordnung jederzeit das Wort zu ergreifen.

Abg. Gröber (3.) begründet die Anträge. Der Reichskanzler und seine Stellvertreter müssen das Recht haben, im Reichstage stets das Wort zu ergreifen. Dagegen besteht kein Anlaß, sämtliche Vertreter des Bundesrats dieses Vorrecht einzuräumen.

Ministerialdirektor Lewald bittet die Kommission um Angabe konkreter Fälle, in denen aus dem bisherigen Gebrauch des Art. 9 Mißbrauch seitens der Mitglieder des Bundesrats entstanden sei. Die Frage der Zweckmäßigkeit des Antrages müßte verneint werden. Es werde vielmehr die Gefahr eines Konfliktes zwischen Regierung und Parlament herbeigeführt, wenn die Bundesratsmitglieder auf diese Weise unter die Kontrolle des Reichstagspräsidenten gestellt würden.

Abg. Arath (1.) schließt sich dieser Meinung an. Die Annahme der Anträge würde eine Degradierung der anderen Bundesstaaten bedeuten. Dieser Weg führt zum Einheitsstaat. — Gröber (3.): Auf dem Wege der Geschäftsordnung kann diese Frage nicht geregelt werden. Mitten in der Abstimmung kann ein Bundesratsvertreter das Wort ergreifen und damit alle Dispositionen über den Hausen versenken; denn damit gilt die Debatte wieder für eröffnet. Diese Formulierung verkürzt die Rechte der Einzelstaaten nicht, denn es wird nur eine Ausnahme für den Vertreter des Kaisers gemacht.

Ministerialdirektor Lewald ist der Auffassung, daß es noch Annahme des Antrags vorzuziehen wäre, daß ein Mitglied des Bundesrats zur Sache gerufen werde. Dadurch würde die Stellung der Regierung dem Reichstag gegenüber eine andere als bisher. — Abg. Arath (1.): Der Präsident darf nicht das Recht haben, einen Vertreter des Bundesrats zur Sache oder zur Ordnung zu rufen. Das föderative Grundprinzip der Verfassung läuft Gefahr, zerstört zu werden. Jetzt sei man dabei,

das Reich über die Einzelstaaten

zu stellen. — Abg. Gaußmann (Sp.): Von einer Verschiebung oder Erniedrigung der Regierung kann keine Rede sein. (Lewald: Ich ziehe diesen Ausdruck zurück.) Der Zustand ist unheilbar, daß 100 Bundesratsvertreter jederzeit das Wort ergreifen können. Es genügt, dieses Vorrecht dem Kanzler und seinem Stellvertreter zuzugestehen.

Abg. Dr. David (Soz.) ist erstaunt, daß über solche Selbstverständlichkeiten lange gestritten wird. Der Präsident hat auch heute schon das Recht, die Vertreter des Bundesrats in gewissen Formen zur Ordnung zu rufen. Diese Notwendigkeit liegt in der Sache selbst. Der Reichskanzler und seine Stellvertreter werden durch die beschlossenen Veränderungen der Verfassung Reichsminister und das rechtfertigt ihre Sonderstellung. — Abg. Junck findet die Bedenken der Regierung nicht berechtigt. — Ministerialdirektor Lewald bemerkt, nach den Worten des einen Vorredners bleibe es offen, ob der Präsident berechtigt sei, einem Bundesratsmitglied sagen zu können, er spreche nicht zur Sache. Hierin erblickt er in der Tat eine gewaltige Verschiebung im bisherigen Verhältnis von Regierung und Reichstag. — Abg. Ledebour (Unabh.): Aus den ganzen Schwierigkeiten kommt man nicht eher heraus, als bis wir das parlamentarische Regierungssystem haben. Die Vertreter des Bundesrats unterliegen ganz selbstverständlich der Disziplin des Reichstagspräsidenten. — Abgeordneter Graf Westarp (Konf.) stellt fest, daß mit den Konzentrationen über die vorliegenden Anträge überhaupt nicht verhandelt worden ist. Im übrigen begründet Redner seine ablehnende Haltung. — Abg. Gröber (3.) teilt die Befürchtung nicht, daß mit diesen Anträgen Reibungsflächen zwischen Regierung und Reichstag geschaffen werden.

Abg. Landsberg (Soz.): Aus der Stellungnahme Lewalds kann man auf das Maß der Begeisterung schließen, die er für die Gedanken der Reorientierung aufbringt. Wir hören von ihm immer wieder die Mahnung, die Verfassung nicht zu ändern. Schade, daß er nicht im Jahre 1848 preussischer Minister gewesen ist. Dann hätten wir die preussische Verfassung von diesem Jahre gewiß behalten. Wer Lewald hört, glaubt den Grafen Yorck von Wartenburg vor sich zu haben.

Bei der Abstimmung wird Ziffer 1 gegen die Stimmen der Konservativen und der Vertreter der Deutschen Fraktion angenommen. Gegen Ziffer 2 stimmen die Konservativen und der Abg. Bruhn.

Abg. Müller begründet den folgenden Antrag:

Art. 22 Abs. 1 erhält folgende Fassung: Die Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich. Erörterungen über Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten können in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden.

Der Fall kann eintreten, so führt Müller aus, daß eine geheime Sitzung notwendig wird. Damit schafft man den Zustand aus der Welt, daß nur einem Ausschuss wichtige vertrauliche Mitteilungen gemacht werden. — Abg. Westarp kündigt an, daß seine Freunde diesem Antrag zustimmen werden. — Abg. Junck stellt fest, daß Berichte über solche Verhandlungen an die Öffentlichkeit Immunität genießen.

Ministerialdirektor Lewald hat Zweifel daran, ob auch die Bestimmungen in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden sollen. — Abg. Ledebour ist gegen den Antrag, weil es eintreten könne, daß alle Fragen der auswärtigen Politik dann hinter verschlossenen Türen verhandelt würden. — Abg. Müller-Reinigen: Die Abstimmung muß natürlich öffentlich sein. — Abg. Arath wünscht, daß die Anträge auf Abhaltung einer vertraulichen Sitzung nur in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden dürfen. — Abg. Westarp (natl.) meint, daß diese Frage nicht in der Verfassung, sondern in der Geschäftsordnung geregelt werden müsse. Redner begründet dann den nationalliberalen Änderungsantrag, Gegenstände, die für die Beziehungen des Reichs zu den auswärtigen Staaten von Bedeutung sind, in vertraulichen Sitzungen zu verhandeln. — Abg. Gröber befürchtet, daß mit dieser Fassung die Möglichkeit geschaffen würde, alle möglichen Fragen der öffentlichen Verhandlung zu entziehen. Soweit dürfe man nicht gehen. — Abg. Stadthagen ist gegen den Antrag überhaupt, weil er die Öffentlichkeit beschränkt.

Unter Ablehnung der von den Nationalliberalen vorgeschlagenen Abänderung wird der Antrag unverändert gegen die Stimmen der Abg. Ledebour, Stadthagen, Landsberg und Hoffmann-Kaiserslautern angenommen.

Es folgt Ziffer 4: Art. 27 erhält folgende Forderungen:

„Der Reichstag prüft das Mitgliedschaftsrecht seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er ist befugt, zu diesem Zweck von den Staatsbehörden unmitttelbar Auskunft zu verlangen und die Amtsgerichte um Zeugenvernehmungen, auch eidliche, zu ersuchen. Auf die Zeugenvernehmungen finden die Vorschriften der Strafprozedurordnung sinngemäße Anwendung. Der Reichstag regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer. Dem Präsidenten untersteht die Reichstagsverwaltung. Er vertritt den Reichstag in Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten, welche die Verwaltung des Reichstags betreffen. Die Geschäftsführung des Reichstags dauert für die Verwaltung und die laufenden Geschäfte des Hauses, sowie für die Vorbereitung der nächsten Session bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags fort.“

Abg. Junck weist darauf hin, daß die Nationalliberalen sich vorbehalten, zu verlangen, daß die Wahlprüfungen einem Gerichtshof überwiesen werden. — Abg. Graf Westarp hat prinzipielle Bedenken gegen den Antrag. Der Reichstag hat nur das Recht, Beschlüsse zu fassen; die Ausführung ist Sache der Exekutive. Hier aber würde sich der Reichstag zur vollziehenden Gewalt machen. Dazu hat er kein Recht. — Abg. Gröber: Der Reichstag will keine Zeugenvernehmungen vornehmen, sondern die Gerichte damit beauftragen. — Ministerialdirektor Lewald findet die vorgeschlagenen Änderungen für zu weitgehend. Ein unmittelbarer Verkehr des Reichstags mit den Staatsbehörden ist nicht zulässig; der Weg muß stets über den Reichskanzler gehen. Sonst greife man in weitgehendstem Maße in die bundesstaatliche Verwaltung ein. Dagegen könne man vielleicht zugeben, daß die Amtsgerichte um Vernehmungen ersucht werden. Der Präsident besitze schon jetzt weitgehende Verwaltungsrechte. Wie soll es aber gehalten werden zwischen zwei Legislaturperioden? In diesem Fall müsse der Staatssekretär des Innern die Vertretung des Reichstags übernehmen.

Abg. Heine: Es gibt natürlich keine Sache, die man nicht noch verbessern könnte. Wollte man aber solange warten, bis keine Verbesserung mehr möglich sei, dann läme überhaupt nichts zustande. — Abg. Westarp legt dar, daß dieser Antrag nur aus praktischen Notwendigkeiten heraus entstanden ist. Gerade das unbillige Verfahren bei Verhörungen beeinträchtigt eine rasche Prüfung der Wahlen ungemein. — Abg. Arath findet, daß die vorgeschlagenen Änderungen durchaus nicht gut sind. Alle Anträge lassen den Weg zum Einheitsstaat erkennen.

Der Antrag wurde gegen die vier Konservativen angenommen und dann die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Reichstag.

102. Sitzung. Montag, den 7. Mai 1917, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Stein, Dr. Helfferich.

Zunächst wird gemäß einem Beschlusse der Geschäftsordnungskommission ein Antrag auf Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Gunser (Sp.) abgelehnt. Hierauf wird die zweite Beratung des

Militärrechts

fortgesetzt.

Abg. Schirmer (3.)

tritt für die Beseitigung des Duellzwangs ein. Bei der Urlaubsgewährung dürfen nicht etwa solche Leute bevorzugt werden, die

für Offiziersfamilien Lebensmittel

vermitteln oder überbringen. Das wäre ein grober Mißbrauch. (Sehr richtig) General Gröner hätte vor seinem Aufbruch an die Munitionsarbeiter mit den berufenen Vertretern der Arbeiterführung nehmen müssen, dann wäre manche Kritik unterblieben. Der Abg. Cohn von der Arbeitgemeinschaft stellte es so hin, als ob allein die rote Internationale der Welt den Frieden bringen könne. Aber er weiß doch, daß gerade Angehörige dieser roten Internationale in England die ärgsten Kriegseiferer sind. (Sehr richtig) Herr Cohn behauptet weiter, der Aufruf der Arbeitgemeinschaft habe die Munitionsarbeiter nicht in den Streik geführt. In der Tat sind aber Flugblätter in Wien gedruckt und über die Grenze geschmuggelt, die zum Streik hegen und von Leuten ausgehen, die der Sozialdemokratischen Arbeitgemeinschaft nahe stehen. (Hört! hört!) Sie schließen ähnlich wie Herr Cohn mit den Worten: „Freiheit, Freiheit, Brot“. Bedeutet Freiheit aber auf jeden Fall zugleich Brot? Die Engländer wollen uns bekämpfen zu ihren Sklaven machen, das würde eine grenzenlose Verleumdung, würde „Steine statt Brot“ bedeuten. Um einen ehrenvollen, baldigen Frieden zu erreichen, ist geschlossene, zähe Abwehr notwendig. (Bravo!)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.):

Es sollen bekanntlich ältere Leute aus der Front zurückgezogen werden, die sechs Monate in der vordersten Front gestanden haben. Diese Begriffe bedürfen dringend der Klärung. Ganz unstatthaft ist es, wenn solche Leute dann wieder mit ganz jungen Leuten zusammen an die Front geschickt werden. Das muß zur größten Enttäuschung dieser 45jährigen Leute führen. (Sehr richtig) Ueber die Behandlung der alten Landstürmer wird noch viel geklagt. Der

Schandack des Anbinens

ist in der österreichischen Armee beseitigt worden, das müsse auch bei uns möglich sein. Die Vorschriften des Herrn Ludendorff über die Behandlung der Soldaten sind ausgezeichnet, die Schuld tragen vor allem die unteren Instanzen. Das liegt an den Mängeln des Beschwerverechts. Die Reform des Beschwerverechts ist um so notwendiger, da der elende Samalendienst jetzt wieder bis dicht vor der Front wahre Orgien feiert. Je länger der Krieg dauert, um so schärfer treten auch alle schon früher beklagten Mängel hervor, die professionelle Zurückziehung, die Zurückziehung der Bürgerlichen. So hat ein Oberst gesagt: „In meinem Regiment bleibt das Reserveoffizierskorps dem heissen Adel vorbehalten.“ (Hört, hört!) Auch nach dem Verfall des Vaters, nach der politischen Gesinnung wird bei der Beförderung gefragt. Mit dem Mandarinentum muß aufgeräumt werden. Die Abschaffung des Einjährig-Freiwilligen-Instituts ergibt sich nach den Erfahrungen dieses Krieges von selbst. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Das Leute, die nie im Feuer waren, Schreiber in den Bureaus, Köche in den Stuppen usw. reicher mit Eisernen Kreuzen ausgestattet sind, als die an der Front kämpfende Infanterie, erregt tiefe Mißstimmung und trägt nicht zur Hebung der Stimmung an der Front bei. (Lebhafte Zustimmung.) Vorne kommt der Kugelregen, und hinten kommt der Erdenslegen, sagt man verbittert an der Front. Jetzt fängt dieser Anflug auch schon mit den Eisernen Kreuzen erster Klasse an. (Sehr wahr!) Der unselige Gegensatz zwischen Armee und Volk aus der Zeit vor dem Kriege kann nur durch umfassende Reformen beseitigt werden. Diese Reformen

müssen aber schnell kommen. „Sehe dem Kriegsminister, der die Zeichen der Zeit nicht versteht!“ Disziplin und Recht müssen zwei gleichberechtigte Faktoren werden. (Bravo! links.)

Oberst v. Briesberg:

Für die Zulassung zum Offizier verlangen wir einen gewissen Lebensunterhalt deshalb, damit der Offizier nicht eventuell nachher betteln gehen muß. Auch an einer gewissen wissenschaftlichen Befähigung müssen wir festhalten. Es wird aber Urlaub gegeben zum Notzamen, und das Notzamen selbst ist sehr leicht. — Bei der Zurückziehung der 45jährigen wird unter vorderster Linie die am Kampfe unmittelbar teilnehmende Truppe verstanden. Die Kolonnen zählen leider noch nicht dazu. Wir werden erwägen, ob unsere Ersatzquellen es gestatten, auch da Leute zurückzuziehen. Im übrigen sind nur noch verschwindend wenige 45jährige und ältere Leute drinnen. Wir gehen jetzt sogar so weit, junge Arbeiter aus den Fabriken herauszuholen und dafür Leute unter 45 Jahren aus der vordersten Linie heraus zu ziehen. Natürlich werden die Leute nicht nur vorübergehend aus der Front genommen. Bei den weittragenden Geschützen kommt es vor, daß ab und zu auch einmal ein Geschütz in der Etappe, wo wir diese älteren Leute verwenden, niederfällt, und daher ist es wohl zu erklären, daß die Klagen gekommen sind, weil die Leute dann manchmal Etappe und Front nicht zu unterscheiden wissen. (Gelächter links.) Aber um volle Klarheit zu schaffen, soll eine Beilegung hinausgehen, in welchem Sinne der Begriff „vorderste Linie“ aufzufassen ist.

Abg. Davidjohn (Soz.):

Der Herr Kriegsminister hat uns auf seine Taten verwiesen. Die erste Tat, die wir erwarten, ist die Abschaffung des Anbinens. Die Einschränkung allein genügt uns hier nicht. Hier hilft kein Mundspülen, hier muß gepiffen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) In einem Fall wurde ein Mann, der nie bestraft war, von 42 Jahren, ein Familienvater

sieben Tage lang täglich zwei Stunden angebanden

und wofür? Er hatte drei Fässer Wein für die Offiziere zu besorgen und ein davon war ihm in der Nacht zerbrochen und Wein entwendet worden. Handelt es sich hier vielleicht darum, Schlimmeres zu verhüten? Die Strafe des Spieghelentlaufens würde ich dieser Strafe des Anbinens vorziehen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Unsere Informationen, die auf Hunderten von Briefen aus der Front beruhen, sind mindestens so zuverlässig wie vielfach die von Ministern — ich erinnere nur an den österreichischen Kriegsminister Arotin in dem Franz-Projekt. Wir kennen vielfach diejenigen, die uns Briefe von der Front schreiben, wir haben schon im Frieden mit ihnen zusammengearbeitet. Ein sozialdemokratischer Redakteur, der kurzzeitig ist und dem beim Schließen Auge und Glas verlagte, wurde vom Feldwebel aufs ärgste beschimpft; auf seine Beschwerde wurde eine Untersuchung eröffnet, doch der Feldwebel leugnete und von den Unteroffizieren hätte auch keiner etwas gehört und gesehen. Der Kriegsminister wird vielleicht dem Feldwebel Glauben schenken. Im Felde kommt es noch zu Hausen vor, daß Befehle erteilt werden, deren Ausführung eine strafbare Handlung bedeutet. Der § 47 des Militär-Strafgesetzbuches scheint ganz unbelastet zu sein. — Besonders Augenmerk sollte die Heeresverwaltung auf die Verhältnisse bei den Truppenteilen richten, die fern von der Zentrale in der Türkei usw. liegen. — Unberührt ist der Zustand, daß Elässer, Dänen usw. seit Kriegsbeginn noch keinen Urlaub bekommen haben. In der Frage der Beförderung von Disziplinen zu Offizieren sagte der Oberst v. Briesberg im November 1916, die Regierung werde die Angelegenheit wohlwollend prüfen. Also in dieser Verfassungsfrage will die Militärverwaltung „wohlwollend prüfen“. Zudem, sagte man mir, seien vielfach nicht geeignete Offiziere zu werden. Aber sie müssen doch im Kriege sehr oft die vollen Funktionen von Offizieren ausüben. Der Kriegsminister hat dann Revision des Regulativs von 1893 für die Kadettenanstalten verprochen. Jedenfalls ist der Zustand unhalbar, daß Anstalten, zu denen Siamesen, Chinesen usw. Zutritt haben, deutschen Dissidenten und Juden verschlossen sind. Wir werden die Taten des Kriegsministers abwarten. Gegenüber der Erklärung des Oberst v. Briesberg hält mein Freund Schöpflin daran fest, daß es sich bei der von ihm angeführten Kriegsanleihe eines Erprobungsbataillons um 60 000 M., nicht um 6000 M. gehandelt hat. Aber wenn es auch nur 6000 M. gewesen sind, so frage ich, wie kommt ein junges Erprobungsbataillon dazu, nach verhältnismäßig kurzer Zeit über einen Reservefonds zu verfügen, aus dem es 6000 M. à fonds perdu geben konnte.

Mit der Korpsverpflegung ist es besser geworden. Noch besser würde es werden, wenn den Offizieren von Zeit zu Zeit zu Gemüte geführt würde, daß das vorläufige Unterlassen der Fürsorge mit der entzehenden Strafe des Kriegsverrats bestraft wird. — Auch große Vorräte an Kupfer und anderen Dingen könnte man aus den Unterständen herausheben. — Es mehren sich auch die Klagen, daß die vergiftenden Schnapsrationen für die Soldaten größer werden. Auch die

Löhnungsfrage

verdient Beachtung. Am 1. Mai hat ein Soldat, der 33 Monate bereits mobil war, im ganzen 524,70 Mark Löhnung erhalten, weniger als ein Kompanieführer in einem Monat. Das ist keine herrliche Relation. (Sehr richtig) Ich berufe mich hierfür auf Herrn Dieberich Hahn, der kürzlich in einem Vortrage sagte: Es ist nicht richtig, daß der junge Leutnant, der eben von der Prima des Gymnasiums gekommen ist, 10 M. täglich bekommt, der Soldat nur wenige Groschen. (Lebhafte Zustimmung.) Derartige Ungleichmährigkeiten können nicht ohne Murren ertragen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das zweite Rugheld ist umso notwendiger, als die Offiziere ein zweites Mobilmachungsgeld erhalten haben. Die Begründung für den

Kauf des Hotels Cumberland

hätte uns gleich im Etat vorgelegt werden können, anstatt daß wir sie dem Schatzsekretär in der Kommission erst abringen mußten. Ueber die Riesengewinne der verschiedenen Vermittler in diesem Falle hat uns die Verwaltung nichts Näheres mitgeteilt. Ich kam dem Reichsschatzsekretär eine Segendenschrift vorlegen, aus der hervorgeht, daß der Hauptmaler des Gebäudes mit 3 Millionen zu seinen Gunsten abgeschlossen hat. (Hört! hört! links.) In der Kommission haben auch Vertreter der Konservativen und der Deutschen Fraktion heftigst scharfe Reden gegen den Bureaokratismus in der Armee, gegen den Wichtigungsgeld usw. gehalten. Es wäre zu wünschen, wenn uns hier im Plenum nicht immer die Kritik allein überlassen würde. Der Abg. von Böhn stellte Scheidemanns Aeußerung über den nicht mehr zu gewinnenden Krieg so dar, als ob sie gleichbedeutend sei mit verlorenem Krieg. In Wahrheit bedeutet sie, daß keine der beiden Parteien die andere niederwerfen kann. Aber die Herren scheinen Lustern zu sein nach Konflikten. Sie scheinen die Antwort, die in der Kommission Staatssekretär Zimmermann gab, vergessen zu haben. Sonst wäre es nicht möglich, daß Herr Hertin Schmach und Schande über die Streikenden rief, unter denen sich auch Hunderttausende von Müttern befanden, die sehr wohl wußten, was sie mit der Demonstration wollten. Es handelt sich darum, ob die Arbeiterschaft darauf rechnen darf, daß vor tiefgreifenden Maßnahmen ihr Vertrauensmann im Kriegsamt gehört wird. Darüber hat sich General Gröner nicht geäußert. Der Hindenburgbrief war zunächst ohne Zorn und Eifer geschrieben, indem zugegeben wurde, daß das deutsche Volk unter der Nahrungsmittelnot leide und

die Erzeuger von Lebensmitteln sollten ihre Pflicht tun. Dann erst war von der Munitionserzeugung die Rede. Diesen Brief schickte General Gröner an die Gewerkschaften, die in einem ruhigen Schreiben der sieben Verbände antworteten. Dann behandelte der Reichstagsrat diese Dinge sachlich und ruhig in einem Schreiben an die Bundesregierungen. Dann erst kam der Brief des Generals Gröner, der eine Ueberzeugung des Hindenburg-Briefes in das Nordsee-Stimmungs-Pattinamer-Jagowische ist, in jenen Stil, von dem sich die deutschen Arbeiter nicht imponieren lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von den Lebensmitteln wucherten und Hamstern, von denen Hindenburg ausgegangen war, kein Wort mehr. Dieser Grönersche Brief wäre glatt geschluckt worden, wenn ihm noch ein Nachwort gefolgt wäre des Inhalts: „Habt Ihr nicht Hindenburgs Worte gelesen? Eine unfähigbare Schuld ladet derjenige auf sich, der durch Verfälschung von Getreide und Kartoffeln an die Arbeitskraft der deutschen Munitionsvorfertiger schädigt. Für deren Schuld müssen unsere Feldgrauen bluten. Wer wagt es, dem Kaiser Hindenburg zu trotzen? Ein Hundstott, der sich mähet und wuchert, während das arbeitende Volk darbt. Die schlimmsten Feinde sitzen mitten unter uns — das sind die vaterlandsverräterischen Kriegsschwarzröcher. Sie müssen gebrandmarkt werden vor dem ganzen Volke. Wer wagt es, nicht von seinem Leberlauf dem Volke zu geben, wenn Hindenburg es befiehlt!“ (Sehr gut! d. d. Sozialdemokraten.)

Die Darstellung des Abg. Dr. Cohn, es sei im Ausschuss ein Telegramm an Hindenburg beschlossen, war falsch. Es war eine Entschlüsselung vorgelegt, die die schwersten Drohungen gegen die deutschen Arbeiter enthielt. (Hört! hört!) Diese Drohungen gelang es uns auszumergen und der dann übriggebliebenen Entschlüsselung konnten wir zustimmen, hatten auch keinen Anlaß, nachträglich dagegen zu protestieren, als der Vorsitzende mitteilte, er wolle die Entschlüsselung an Hindenburg telegraphieren. Die von der Arbeitsgemeinschaft vorgelegte Resolution werden wir ablehnen, wenn wir auch mit dem Abg. Dr. Cohn zur Begründung ausgeführten Gedankengängen vielfach übereinstimmen. In dem Augenblick, wo der von der Arbeitsgemeinschaft gewünschte Ausschuss unter den heutigen Verhältnissen möglich wäre, wäre er unnützlich (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), denn die neue Zeit klopft an alle Türen oder wie Herr Briesberg sagte, es wird Frühling, Gott sei dank. Jetzt hat vor allem der Reichstagsrat das Wort, um Stellung zu nehmen zu den Interpellationen. Was annerkennungsfähige Phantasien im In- und Ausland beherzigen, ist im Augenblick ganz gleichgültig; nur das eine Thema steht zur Verhandlung, wie kommen wir am besten und schnellsten Wege zum Frieden. Dr. Cohn hat geschloffen mit begeisterten Worten an die sozialdemokratische Internationale. Meint er die heutige Internationale, so könnte ich ihm nicht ganz zustimmen. Meint er die wiedererstandene Internationale von morgen, die sich das zu eigen machen muß, was wir und unsere Genossen in Oesterreich-Ungarn am 4. August 1914 verkündet haben und was uns jetzt aus Russland entgegenritt, dann spricht aus uns allen gemeinsam nichts als die große Sehnsucht der ganzen Menschheit: Frieden, Frieden, Frieden! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Graf (L.):

Die neulichen Worte des Kriegsministers stachen für uns wahlend ab von den Worten, die wir sonst in der letzten Zeit von der Ministerbank gehört haben. (Weiterleit.) Man hatte den Eindruck, daß es sich hier nicht um den Anfang von Taten handelte. (Sehr gut! rechts.) Wir danken dem Kriegsminister, daß er die Autorität der Regierung und vor allem der Armee so vortrefflich zu wahren gewußt hat. (Bravo! rechts.) Mit dem breiten Vordringen solcher Einzelheiten hier im Plenum ruhen wir dem deutschen Volke laum. Die Preise, Preise (weiterleit.) sind zu niedrig. Die Verurteilungen müssen im Interesse der Landwirtschaft reichlicher erteilt werden. Der Zeitungsdienst müßte ohne weiteres als Hilfsdienst anerkannt werden. Das Einjährig-Freiwilligen-Institut hat sich durchaus bewährt, daß die Sozialdemokraten an den Offiziersgehältern nörgeln, und sie herabsetzen wollen, ist sehr ungesund. Daß die Landwirtschaft die Ernährungsbedürfnisse der Industriearbeiter in unzureichender Weise erschwert hat, ist gänzlich unzutreffend. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Lande lebt man naturgemäß etwas besser als in den Städten, wo die Bevölkerung zusammengedrängt ist. Mit Beschimpfungen machen Sie den Bauer störrisch. Wenn unrechtmäßig Korn verführt worden ist, so ist Schuld daran die Regierung, die die zulässige Ration so festgesetzt hat, daß ein arbeitendes Pferd, mit dem der Acker bestellt werden soll, dabei nicht arbeitsfähig bleiben kann. (Sehr richtig! rechts.) Der Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nach Ueberwachung der Heerführung, zu der unser Volk unbegrenztes Vertrauen hat, kann nur erheitern wirken. Gott bewahre uns vor solchen Dingen. (Beifall rechts.)

Ein Regierungskommissar betreibt, daß beim Verkauf des Cumberland-Hotels überhaupt Vermittlergebühr bezahlt worden ist.

General Gröner: Ich muß es zurückweisen, daß bei meiner Rundgebung ein Scharfmacher hinter mir gestanden hat. Herr Davidsohn wünschte, daß auch die Bauern und Lebensmittelwucherer etwas abbekommen hätten. Nun, die Bauern haben in den Wochen vorher genug gehört, und ich habe mich reichlich daran beteiligt. Die militärischen Nachschaukommandos sind ein Beweis dafür. Aber die Ernte ist noch nicht herein, und vielleicht haben wir den Bauern die Hälfte überheißt. Und die Lebensmittelwucherer: Mein ceterum censeo im Kriegsdienst war stets: **Es nicht einige von diesen Schandbuben**

aufgehängt werden am Potsdamer Platz,

so lange wird es nicht besser. (Weiterleit und Beifall.)

Abg. Weberer (Z.) bestritt die Notwendigkeit der Beschlagnahme der Kirchensoldaten.

Oberstleutnant Köhl verteidigt die Verordnung über die Beschlagnahme der Kirchensoldaten.

Abg. Rumm (D. Fr.): Den Antrag der Arbeitsgemeinschaft, der das deutsche Volk an anarchistisch machen will, wird das deutsche Volk den Unterzeichnern des Antrages nicht vergessen. Die große Mehrheit der deutschen Arbeiter haben es verstanden, daß Brot und Waffen die Lösung dieser harten Stunde sind. — Unsere Kadettenanstalten sollen christlich bleiben, aber es ließe sich reden über jüdische Regimenter mit jüdischen Offizieren.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

In der Frage der beschlaggenommenen Kirchensoldaten möchte ich die Heeresverwaltung auf einige Bronzebeschläger aufmerksam machen, die ein Verletzungsbedürfnis im Bestial des Reichstags bilden, und an die aber offenbar niemand gedacht hat. (Weiterleit.) Es handelt sich um Denkmäler alter deutscher Kaiser.

Dann zur merkwürdigen

Anschauerci des Generalleutnants Gröner

an die Munitionsarbeiter. (Präsident Dr. Kaempf zügte diesen Ausdruck.) General Gröner wird das als **Schandbühner** nicht so wohl nehmen. (Weiterleit.) Ich habe ein einziges Mal eine Aufschrift von sechs Arbeitern aus der A. G. Kolonialtruppe bekommen, worin es heißt: In dem Auftrag des Herrn General Gröner wird gesagt, daß derjenige, der dem Staat die Arbeit verweigert, sich am Vaterlande veründigt. In unserem Betriebe werden Kaufleute von Arbeitern gesungen, tanzen, sogar tanzen untätig zu sein. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Es wird nämlich nur fünf Tage in der Woche gearbeitet, und in diesen fünf Tagen werden wir gezwungen, drei bis fünf Stunden untätig zu sein, angeblich wegen Mangel an Material. Das geht jetzt bereits zehn Wochen so, sogar in der Woche, in der wir am Montag die Arbeit wegen der Ernährungsfragen niedergelegt hatten, ist am Sonnabend nicht gearbeitet worden. (Hört! hört! d. d. Soz. Arb.)

Trotzdem wir gezwungen sind, Stunden und Tage keinen Handschlag zu machen, läßt die Betriebsleitung es zu, daß in den Fabrikräumen Plakate angebracht werden mit den schlimmsten Beschimpfungen gegen die Arbeiter, die es nicht verstehen wollen, und können, daß sie sich an ihren Söhnen und Brüdern vor dem Feinde veründigen, wenn sie auch nur eine Stunde untätig sind.

Wenn alle Munitionsarbeiter persönlich, mündlich oder schriftlich Ihnen, Herr General Gröner, ihre Ansicht aussprechen könnten, würden Sie noch ganz anderes zu hören bekommen. Was am peinlichsten in Ihrem Plakat berührt, haben Sie nicht erwähnt. General von Stein hat mit Recht gesagt, daß er mit einer gewissen Verachtung immer auf die gebildet habe, die sich Mißhandlungen und Beschimpfungen von Untergebenen zuschulden kommen lassen; es sei unwürdig, einen, der durch seine Lage ohnehin der schwächere Teil ist, irgendwie zu verargen. Das ist ganz unsere Meinung. Auch wir betrachten es als etwas Unwürdiges, wenn man jemand, der nicht in der Lage ist, sich zu wehren, so beschimpft, wie Sie es getan haben, Herr General Gröner. (Große Unruhe. — Der Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung. — Bravo! rechts.) Würde ein Arbeiter das von Ihnen gebrauchte Wort Ihnen ins Gesicht schleudern, so würde er zweifellos schwer bestraft. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Damit bin ich mit Herrn Gröner fertig. Der Staatssekretär Helfferich hat vorgestern die Verhaftungen einiger Arbeiter als „Räufelzüge“ zu rechtfertigen gesucht. Auf die Delegierten von streikenden Arbeitern paßt ein solcher Ausdruck gar nicht. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Herr Wahnschaffe botte die Delegierten nicht eingeladen, er hätte an Haase telegraphiert: „Ich erwarte Sie“ und damit, wie er uns später sagte, die Deputation nicht mitgemeint. Die

Verhaftung der Delegierten

war ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter, die glücklicherweise ein starkes Solidaritätsgefühl haben. Sie hat den Erlaß Gröners in seinen verbitternden Wirkungen noch verstärkt. General von Kessel hat dann noch ein überiges getan durch die beiden Spikeln-Anwerbungsberichte. Das erinnert an die Aeußerung von Tacitus über das Jüden von Delatoren (Angebern). Die Kommission hat den ungenehmigten Antrag angenommen, aus den besetzten Gebieten möglichst sämtliche Maschinen und Jagtiere für die heimische Produktion fortzuführen. Dadurch müßte auch die Landwirtschaft dieser Gebiete leiden und somit würde auch die Lebensmittelnot in Deutschland steigen, denn wir können die Bevölkerung in den besetzten Gebieten doch nicht verhungern lassen. In Parallele damit steht, daß aus Belgien Arbeiter weggeholt worden sind, die in Deutschland Zwangsarbeit leisten müssen. Jetzt wollen Sie den Leuten auch noch die Maschinen und Jagtiere nehmen, sie also vollständig zugrunde richten. Das widerspricht dem Völkerrecht, und wenn Sie auch noch so viel Sünden gegen das Völkerrecht auf dem Herdloch haben, so muß wenigstens dieses verhindert werden. Das würde dem Ansehen Deutschlands nur nützen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wir haben einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen verlangt. Der Staatssekretär Helfferich sagte, ein solcher Friede bedeute nicht Brot, sondern Hunger, nicht Freiheit, sondern Anrechtlosigkeit; den Frieden, den wir haben müssen, müssen wir erst noch erkämpfen. (Sehr wahr! rechts.) Wir verlangen einen Ausgleichs-frieden, der kein Volk verzwangt. Ein solcher Friede kann jetzt geschlossen werden, und das würde das Aufhören des Hungers bedeuten. Aber die Fortführung des Krieges nach dem Rezept des Staatssekretärs und der Konservativen bedeutet seine endlose Verlängerung und noch größere Verschärfung des Hungers und der Anrechtlosigkeit bei uns, denn Sie halten mit Ihrem Belagerungszustand das deutsche Volk in Anrechtlosigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei der Soz. Arb.) Würde die Reichsregierung ein Friedensangebot nach unseren Wünschen machen, so wäre die größte Hoffnung auf Frieden da. Das beweist die jüngste Kundgebung der provisorischen Regierung Russlands, zu der sie durch den sozialdemokratischen Soldaten- und Arbeiterat gedrängt worden ist. Auch die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes und der deutschen Soldaten an der Front ist für diese Forderung. (Widerspruch rechts und Juruf: Gehen Sie doch raus!) In den Offizierskasinos hören Sie diese Forderung allerdings nicht, aber die Soldaten wollen lieber heute als morgen einen solchen Frieden. (Lebh. Zustimmung bei der Soz. Arb.) Ein Annexions-friede ist heute gar nicht mehr möglich. Was ich Herrn Dr. Helfferich vorwerfe, ist, daß er solche Ansichten der Annexions-phantasten noch nährt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wir müssen dagegen protestieren, daß ein Vertreter der Regierung solche Kriegshetze in hier im Hause hält. (Bravo! bei der Soz. Arb. — Große Unruhe rechts.)

Generalleutnant Gröner:

Auf die persönlichen Anwürfe des Herrn Abg. Ledebour gehe ich nicht ein, es wäre schade. (Abg. Ledebour: Wenn man andere Hundstott nennt, hat man nicht das Recht, von persönlichen Anwürfen zu sprechen!) Was er über Vorgänge aus einem Berliner Betriebe mitteilt, ist uns bekannt. Ich bin auch von Arbeitern davon benachrichtigt worden. Die Angelegenheit wird untersucht, wie werden sehen, daß wir der Sache abhelfen können. Es ist selbstverständlich, daß in der gegenwärtigen Zeit bei der ganzen Art der Produktion gewisse Forderungen sich ergeben, die zusammenhängen mit der Zuführung der Rohstoffe.

Zur Sache selbst möchte ich eine Reihe von Fragen an Herrn Ledebour stellen. Von der Verantwortung wird es abhängen, wie man über das zu denken hat, was er heute alles vorgebracht hat. Hat der Herr Abg. Ledebour den Arbeitern gesagt, welche Maßnahmen seit langer Zeit in England getroffen sind, daß dort seit dem 2. Juni 1915 ein allgemeines Streikverbot in allen Munitionsbetrieben herrscht (Hört! hört! rechts), daß jeder Munitionsbetrieb unter Kontrolle gestellt werden kann und daß dann folgende Bestimmungen gelten: Die Gewerkschaftsregeln werden aufgehoben (Hört! hört! rechts), die Lohnregulierung unterliegt der Bestimmung des Munitionsministers, es wird der obligatorische Abwehrschein eingeführt, es werden vor allem Munitionsgerichte eingerichtet zur Aburteilung aller Verstöße gegen die Munitionsgeetze. Hat der Herr Abg. Ledebour den Arbeitern gesagt, daß das Liverpooler Munitions-Tribunal Hunderte von Arbeitern zu Geldstrafe verurteilt hat, weil sie in der Pfingstwoche einige Tage die Arbeit verweigert haben. Hat er ihnen gesagt, daß wegen Aufreizung der Wassen zum Streik ein englischer Lehrer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist?

Dann eine andere Gruppe von Fragen. Kennt der Herr Abg. Ledebour dieses

Flugblatt,

das seit Monaten in den deutschen Fabriken unverschlüsselt, von dem deutschen Zuschauers? Es stehen all die Dinge drin als roter Faden, die Abg. Ledebour und seine Parteifreunde als eine Beleidigung für Deutschland betrachten. Kennt der Herr Abg. Ledebour ein Flugblatt, das etwa am 11. und 12. April in den Berliner Fabriken verteilt ist „Auf zum Prozeß gegen die Volkswucherungen“. All die Tendenzen, die von dem Abg. Ledebour und seinen Freunden immer wieder in irgendeiner Form vorgebracht wurden, sind darin enthalten: Die russischen Arbeiter haben den Paroxysmus geschmettert und die demokratische Republik, die Einsetzung einer Volksregierung erklärt, und wir sollen noch weiterhin das alte Volk die Auswanderung, den Hunger des Volkes ertrogen? Nein, tausendmal nein. Verlaßt die Werkstätten und die Fabriken, laßt die Arbeit ruhen“. (Hört! hört! rechts.) Kennt der Herr Abg. Ledebour das Flugblatt, das am 16. und 17. April in den Fabriken verbreitet ist, wo es heißt: „Man will euch jetzt mit Zusatzkarten überzu, wider besseres Wissen, und die Regierung weiß genau, daß sie ihre Fassung nicht halten kann.“ (Hört! hört!) Auch hier ist wieder auf die Revolution in Russland hingewiesen. Kennt Herr Ledebour weiter das Flugblatt, das zwischen dem 16. April und 1. Mai verbreitet wurde: „Der Kampf dauert fort“. Alles dieselben Tendenzen, die er und seine Freunde vertreten. Kennt er das Flug-

blatt, das in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken mit derselben Tendenz verbreitet wurde, und das Flugblatt, das zur Feier am 1. Mai hier und anderwärts verteilt wurde? — Er kennt es nicht. (Weiterleit rechts.) Kennt er das Flugblatt, das unmittelbar vor dem 1. Mai hier verbreitet wurde: „Die Lehren des großen Massenstreiks“ mit der neuen Aufforderung zum Streik. — Alles nach der Tendenz des Herrn Ledebour und seiner Freunde. Kennt er das Flugblatt, das in Leipzig verbreitet wurde? Ich höre kein Ja. (Weiterleit.) — Abg. Ledebour: Ich habe gar nicht die Verpflichtung, Ihnen mit ja oder nein zu antworten! Die Antwort werden Sie schon bekommen! Es heißt da: „Es lebe die rote Fahne über der freien Republik“. (Juruf bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft: Das ist die Manier von Puttkamer!)

Ich habe dem nichts hinzuzufügen, die Sache spricht für sich selbst. Ich schließe mit dem alten Scherzwort: „Ach sie sind wie keine Kinder ungläubig und keine Sünder!“ (Weiterleit.)

Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Ledebour nachträglich wegen seiner letzten Worte gegenüber Staatssekretär Helfferich zur Ordnung.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Herr Ledebour hätte sich und dem Hause viel Aufregung ersparen können, wenn er vorgestern meine Ausführungen ruhig und verständlich angehört oder sie wenigstens aufmerksam nachgelesen hätte. Ich verzichte darauf, den Herrn Abg. Ledebour heute weiter zu belehren.

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Estländer angenommen.

Abg. Ledebour: General Gröner verwechselt seine Funktionen: er ist hier nicht als Untersuchungsrichter. (Präsident Dr. Kaempf: das ist nicht persönlich!) Was wir über Streiks usw. zu sagen haben, sagen wir in sachlichen Ausführungen. (Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen jetzt nur für sich sprechen.) — ... sage ich in sachlichen Ausführungen, wie alle meine Freunde. (Große Weiterleit.) (Präsident Dr. Kaempf: Ich bitte sich meinen Anordnungen zu fügen.) Im übrigen lehne ich es ab, mich in irgend eine Kritik von Flugblättern anderer Personen hier einzulassen, weil alles, was ich sage, von General Gröner und seinen Gehilfen ausgenutzt werden kann, um irgend welchen anderen Personen einen Nachteil zu bereiten. (Juruf rechts: Pause Ausrede! — Präsident Dr. Kaempf rügt diesen Ausdruck.) Eine solche Voricht gegen Herrn General Gröner und seinen Gehilfen ist um so notwendiger, seitdem diese Gehilfen durch Auslobung von 3000 M. Spindel niedrigerer Sorte züchten.

Die Abstimmung über die Resolutionen wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Das Haus verlag die Fortsetzung auf Dienstag 3 Uhr. (Vorher keine Anfragen.)

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Polenfragen im Hauptauschuss. — Die belgische Arbeiterfrage.

Am Montag wurde die Erörterung über die Verwaltung der besetzten Gebiete beendet. Oberst Marquardt vom Kriegsamt teilte mit, daß dieses demüßt sei, die soziale Lage der polnischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten möglichst zu erleichtern. Zu diesem Zweck sei eine Reihe Verordnungen erlassen worden. — Abg. Haas (Sp.) bringt verschiedene Bedenken gegen die Verwaltung im Osten vor. Wenn man die gesamten Verhältnisse in den besetzten Bezirken berücksichtige, sei die Stimmung der Polen durchaus begreiflich.

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich versichert, die Absicht der deutschen Verwaltung in Polen sei es, die Rücksicht auf das, was für die Polen selbst wünschenswert sei, möglichst zu berücksichtigen. Wo die Hoffungsverhältnisse es erlauben, seien Fabriken wieder in Betrieb gesetzt worden. Das Schulwesen werde kräftig gefördert. Maßregeln, den Gesundheitszustand zu heben, haben Malaria und Cholera aus dem Lande verschwinden lassen. Die kommunale Selbstverwaltung wurde geschaffen und belebt. Wenn man alles in allem nehme, nicht nur das Gut, sondern auch das Blut, das in diesem Kriege geopfert wurde, dann könne man sagen, daß die Opfer der Polen nicht an das heranreichen, was Deutschland sich auferlegt. Der polnische Staatsrat, gewissermaßen die Urzelle der künftigen polnischen Staatsverwaltung, sei mit beratenden Funktionen bei der Gesetzgebung ausgestattet, ferner mit der Mitwirkung an den zu schaffenden staatlichen Einrichtungen und werde schließlich bei der Verwaltung in dem Umfange herangezogen werden, den die Verhältnisse gestatten.

Abg. Kaumann (Sp.) erkennt an, daß die deutsche Verwaltung in Polen auch viel Gutes geleistet habe. Was gefordert werden müsse, sei, daß möglichst schnell die Selbstverwaltung durchgeführt und dem polnischen Staatsrat überliefert werde, im Einverständnis mit Oesterreich. — Abg. Cohen-Reuß (Soz.): Auch er habe nie bestritten, daß die deutsche Verwaltung in Polen wesentliche Verbesserungen erreicht habe. Aber über dieser Liste dürften die Schattenseiten nicht vergessen werden. Es müßte endlich festgestellt werden, welche Behörden in der Verwaltung Polens das entscheidende Wort sprechen. Ueber Fürst Jsenburg-Birstein als Vertreter von Oesterreich müßte doch in dem einen Punkt Uebereinstimmung bestehen, daß er ganz und gar nicht der Aufgabe gerecht werde, die ihm mit diesem wichtigen Posten anvertraut sei. So habe er an die deutsche Regierung über die Juden einen Verwaltungsbericht gerichtet, der überaus oberflächlich und engdrüßig sei. — Abg. Köchel (L.) versichert, daß weitere Verbesserungen in Oesterreich im Gange seien. Er trat entschieden für Fürst Jsenburg ein. — Abg. Werner-Giesen (Antif.) zieht gegen die Juden zu Felde. — Prinz Schönau-Carolath (natl.) erinnert daran, daß seine Partei niemals Hoffnungen auf die Polen gesetzt habe und heizt die Verantwortung für die Maßnahmen zur Begründung eines polnischen Staates abgelehnt habe. — Abg. Gothein (Sp.) trägt eine Reihe Tatsachen vor zum Beweise dafür, daß der Gouverneur Fürst Jsenburg völlig versage. — Abg. v. Trampinski (Pole): Die Grundzüge, die vom Kriegsministerium für die Behandlung der polnischen Arbeiter aufgestellt seien, würden nur zu oft nicht durchgeführt. Was er verlange, sei, daß die Polen nicht als Feinde und das polnische Land nicht als Feindesland behandelt werde. — Abg. Dr. Cohn-Kordhausen beweist, daß seine Vorwürfe über die Zustände in Polen berechtigt seien.

Schließlich wurden die beiden Anträge zu diesem Kapitel angenommen, daß alsbald die erforderlichen Maßnahmen behufs sofortiger

Rückförderung der belgischen Zwangsarbeiter

in ihre Heimat getroffen werden; ferner, daß sämtlichen im Reich beschäftigten Arbeitern aus dem Okkupationsgebiet Polens und Litauens — unbeschadet der polizeilichen, allen Ausländern gegenüber geübten Kontrolle — im Verhältnis zum Arbeitgeber gleiche Rechte wie den einheimischen Arbeitern gewährt werden, insbesondere das Recht zum Wechseln der Arbeitsstätten; 2. daß diese Arbeiter nicht gehindert werden, nach Ablauf des Dienstvertrages in die Heimat zurückzuführen.

Dienstag: Marine- und Kolonialamt.

Die Fleischversorgung vor dem Reichstagsauschuss.

In der Fortsetzung der Verhandlung am Montag weist Abg. Mollenhuth (Soz.) nach, daß die statistischen Ergebnisse nachweisen, daß 1913 von den Schweinebeständen 81 Proz. abgeschlachtet wurden. In der Kriegszeit ist dieser Prozentsatz fortgesetzt gesunken und erreicht 1916 einen Niedergang auf 33 Proz. Es ergibt sich mithin, daß die Annahme des Herrn Hoff, daß ungefähr fünf Millionen Schweine innerhalb eines Jahres zur Schlachtung nicht angemeldet wurden, zutreffend ist. Laßt man diesen Zustand weiter bestehen, so wird die Zahl der Schweine, die un-

angemeldet abgeschlachtet werden und deren Fleisch in den Schlachthandel geht, immer größer wird.

Von der freisinnigen Volkspartei wird die Einsetzung einer Sachverständigenkommission beantragt, die Ermittlungen anstellen soll über die zweckmäßige Gestaltung der Rinderhaltung. Ferner wird die Einsetzung eines Ausschusses verlangt, der die Aufbringung der wichtigsten Nahrungsmittel auf die einzelnen Bundesstaaten und Kommunalverbände durch Umlage zu bestimmen hat.

Gegen beide Anträge erklären sich die meisten Redner im Ausschuss, da man sich von neuen Beratungsinstanzen nichts verspricht. Der gleichen Auffassung gibt die sozialdemokratische Fraktion Ausdruck. Auch sie betont, daß es besser wäre, zu praktischen Ergebnissen zu kommen, als jetzt weiter Untersuchungen und theoretische Betrachtungen anzustellen. — Wurm (Unabh.) berichtet, daß die Zufuhr von allen jungen Kälbern zu großen Inzuchtgefahren geführt habe. Beim Transport nach Berlin sei ein Drittel der Kälber eingegangen, ein zweites Drittel sei nachträglich freigelegt und nur das letzte Drittel mit Mähe und Not für die Abschachtung gerettet worden. Dieses junge Vieh hält die Transporte nicht aus, ist mithin ungeeignet zum Verkauf.

Ueber den Einkauf der Gänse aus dem Ausland wird von einem Vertreter des Kriegsernährungsamtes mitgeteilt, daß ein Syndikat der Händler gebildet werde, dem der Verkauf obliegt. Dem Syndikat erfolgt die Verteilung der Ration an die Landwirte und später die Abgabe an die Kommunalverbände. Durch Nichtpreise wird man erzielen, daß der Durchschnittspreis für eine Gans etwa 30 M. betrage.

Hierauf wird zur Besprechung der

Milch-, Butter- und Fettversorgung

übergegangen. v. Gräwenitz, Leiter der Fettstelle, schildert die Organisation der Milch- und Butterversorgung. Es ist eine ständige Kontrolle eingesetzt, um zu ermitteln, ob die Mengen abgeliefert werden, die zur Abgabe gelangen müssen. Die Einfuhr von Butter ist erheblich zurückgegangen und der verminderte Milchertrag wegen der schlechten Nahrung ließ eine Verbesserung in der Butterversorgung nicht herbeiführen. Unter dem Schleichhandel leiden am meisten die Eier- und die Fettstelle. Es sind sehr erhebliche Mengen, die der Gesamtheit entzogen werden, in den Handel gebracht worden. Mit der scharfen Rationierung hat der Verbrauch von Milch und Eiern auch auf dem Lande zugenommen. Die Milchversorgung Berlins muß umgestellt werden, wenn nicht im Sommer jede Versorgung aufhören soll. Die Rationierung der Städte müssen vor allem zu größerer Leistungsfähigkeit angespornt werden.

Groß-Berlin

Eine Blüte der Vorort-Journalistik.

Im idyllischen Pantow erscheint eine „Neue Vorort-Zeitung“, die ihren Abonnenten an jedem Sonnabend eine sogenannte „Wochenwanderung“ serviert — eine Art Boulette, wie die sparsame Hausfrau, die nichts umkommen lassen will, sie am Sonnabend auf den Tisch bringt und in deren Erwartung sich die Familienmitglieder schon die ganze Woche hindurch zu klein pflegen.

In der Pantower Boulette vom vorletzten Sonnabend — die Delikatesse gelangt erst heute in unsere Hände — wird als Hauptingredienz die „deutsche Frau“ verwertet, und zur pikanten Würze dient eine sehr detaillierte Ausmalung sittlicher Entgleisungen, die sich zwei 14- bzw. 16-jährige Mädchen im Verkehr mit einem russischen Kriegsgefangenen haben zuzuschreiben lassen. Die drei Missetäter wurden zu Polizeihaft verurteilt, und der Wanderer vom Bankstrand äußert dazu in flammendem Pathos: „Run können sie drei Tage dort sitzen, wo die toten Schweine liegen. Diese drei Leben sind ja wohl — Menschen. Schont sie unten im Kerker: Stiefelste rechts, Stiefelste links, der Louis in der Mitte.“

So will es die rächende Nemesis, die hier noch viel zu milde ist.“ Der russische Kriegsgefangene wird als „Himmel“ und „Pilot“ mit „breitem, verdammtstem Kalmsägengefißt“ geküßelt, aber dem Pantower Patrioten erscheint er dennoch als ein kostbarer Zeuge gegenüber deutschen Munitionsarbeitern, denen er „geschmuggelte Proskarten“ abgekauft haben will. „Trotz Proskarten“ — folgert der Rheinischenfreund — „muß also der Brothunger wohl doch nicht so groß sein.“

„Zum Schluß heißt es: „In der deutschen Weiblichkeit fehlt es an Yacht und Sitte, das muß frei herausgesagt werden. . . . und da ich meine heutige Epistel an die Frauen in erhebender Weise ausklingen lassen möchte, bitte ich mein verehrtes Auditorium, sich mit mir von den Klagen zu erheben und zu Ehren der Frauen in das Vaterland, Vers 2, einzusimmen. Das Lied steigt! — Chor (mit entsprechender Begleitung): Deutsche Frauen, deutsche Treue.“

Weshalb wir diese Blüte der Vorort-Journalistik aus der Verborgenheit ziehen? Natürlich nicht, weil wir gegen den gleichgültigen Schreiber und sein blättriges erstbäufigstes polemisieren wollen. Unsere Absicht ist nur, den Lesern des „Vorwärts“ einen Begriff davon zu geben, welche Höhe der Kultur und des guten Geschmacks einer gewissen Presse — und wäre es auch nur in Pantow — heute noch erreichbar ist.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf dem städtischen Großmarkt sind neun Waggons holländischer Frühgemüse eingegangen, und zwar mit Salat, Gurken und Radishes. Der Kleinhandelspreis darf nach den Festsetzungen des Magistrats nicht übersteigen: für Salat je nach Größe 25—35 Pf. pro Kopf, für Gurken je nach Größe 70 Pf. bis 1 M., für das Rund Radishes 25 Pf.

Kleinbändler, die die Preise überschreiten, sind dem Magistrat, Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung namhaft zu machen, damit gegen sie eingeschritten werden kann.

Polnische Kartoffeln für Groß-Berlin. Durch Vermittlung der Reichskartoffelstelle sollen, wie in der letzten Sitzung des städtischen Ernährungsausschusses der Stadt Lichtenberg mitgeteilt wurde, den Groß-Berliner Gemeinden zur Ergänzung der inländischen Lieferungen polnische Kartoffeln zum Preise von 8 M. für den Zentner geliefert werden. Nach dem Verteilungsplan entfallen auf Lichtenberg hiervon 3000 Zentner, von denen zwei Waggons bereits eingegangen, weitere Sendungen in diesen Tagen zu erwarten sind. Der Nahrungsmittelausschuss erklärte sich mit der Abnahme der Kartoffeln trotz des ungewöhnlich hohen Preises im Hinblick auf die allgemeine Kartoffelmangel einverstanden; er wünscht aber, daß darauf hingewirkt werde, den durch den Umfah dieser Kartoffeln entstehenden erheblichen Verlust vom Reich oder Staat ersetzt zu erhalten. Die Kartoffeln werden zu den für die Inlandskartoffeln festgesetzten Kleinhandelspreisen verkauft.

Die neun Säuglingsfürsorgestellen des Berliner Magistrats, die sich bisher nur um die Gesundheitspflege der im ersten Lebensjahre stehenden Kinder bemühten, haben ihren Wirkungsbereich seit Anfang April auf die Kinder der in den 1. bis 6. Lebensjahre ausgedehnt. Es wird in allen Säuglingsfürsorgestellen an jedem Freitag für Kinder dieser Altersstufe eine besondere Sprechstunde abgehalten, in denen Mütter und Pflegerinnen sich für eheliche und uneheliche Kinder unentgeltlich Rat holen können.

Der Kriegsausschuss zum Schutze aufsichtsloser Kinder, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Kinder der arbeitenden Mütter in Krippen, Kindergärten, Horten und in Privatpflege unterzubringen, hat eine Anzahl Meldestellen eingerichtet, in der jedermann, der Kinder unterzubringen wünscht, nähere Auskunft erhalten kann. Diese Meldestellen befinden sich in folgenden Büros der Hilfskommissionen des Nationalen Frauendienstes: Berlin: Alt-Neubau Nr. 111, Köpenicker Platz 3, Blumenstr. 97, Bromberger Str. 13—14, Dennewitzstr. 24, Köpinger Str. 4, Georgenkirchstr. 11, Gerhardt-

straße 4—5, Giffhüner Str. 97—103, Grelsenhagener Str. 88 bis 89, Kaiser-Wilhelmstr. 13, Kastanienallee 82, Am Köllnischen Park 2, Kommandantenstr. 14, Mariannenplatz 27—28, Panikstr. 34, Petersburger Str. 4, Plantagenstr. 15, Rosenthaler Str. 40—41, Sonnenburger Str. 20, Turmstr. 44, Wotistr. 18, Wilmstr. 10, Charlottenburg: Bahreuther Str. 26, Wismarstr. 21, Wismarstr. 51, Dankelmannstr. 20, Goethestr. 22, Kaiserin-Augusta-Allee 89, Königin-Elisabeth-Str. 6b, Leibnizstr. 79, Lützowstraße 11—12, Schlüterstr. 28, Lichtenberg: Wohlthatstr. 21, Stadthaus, Türckstr. 26, Marienfelde: Gemeindeverwaltung, Dorstr. 53, Neukölln: Fürsorgeamt, Rathaus, Berliner Straße 64, Pankow: Familienfürsorge, Abteilung des Gemeindevorstandes, Rathaus, Schöneberg: Freiwillige Kriegshilfe, Neues Rathaus, Steglitz: Vereinigung für private Fürsorge, Grunewaldstr. 4, Stralau-Kummelsburg: Kriegsunterstützungsbüro, Wödkinstraße, Treptow: Kriegswohlfahrtsbüro, Rathaus, Wilmersdorf: Nationaler Frauendienst: I. Brandenburgerstr. 5, II. Schaperstr. 25, Zehlendorf: Nationaler Frauendienst, Gemeindeamt. — Außerdem nimmt die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Monbijouplatz 3 II, Sprechstunden 9—1 Uhr, Meldungen entgegen.

Die für das Steuerjahr 1917 festgesetzten Staatssteuerlisten Besuchs Veranlagung der Personen mit Einkommen von nicht mehr als 900 M. auf zur Gemeinde-Einkommensteuer werden in der Zeit vom 18. bis einschließlich 28. Mai täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags öffentlich ausgelegt. Die Einsicht in diese Listen ist nur denjenigen Personen gestattet, deren veranlagtes Einkommen den Betrag von 900 M. nicht übersteigt. Die Offenlegung der Staatssteuerlisten findet unter besonderer Aufsicht dazu bestellter Beamten in den Diensträumen Stadthaus, Stralauer Straße 15/22, Erdgeschoss, 1. und 2. Treppen, statt. Die Frist zur Einlegung der Berufung gegen diese Veranlagung läuft mit dem 28. Juni d. J. ab.

Die Preisermäßigung der Englischen Gasgesellschaft. Die Englische Gasgesellschaft, vertreten durch ihren Liquidator, Stadtrat Max Cassirer, gibt jetzt die Gemeindebesitzung bekannt, in denen die Preisermäßigung für das von ihr gelieferte Gas eintritt. Danach beträgt gemäß den mit den Magistraten von Berlin, Schöneberg und Neukölln, sowie mit den Gemeindevorständen von Nikolassee, Steglitz, Tempelhof, Biesdorf, Buckholz, Heinersdorf, Niederschönhausen und Rosenthal, ferner mit der königlichen Kommission zur Aufteilung der Domäne Dablen getroffenen Abkommen der Preis des Gases von dem Tage ab, an dem im Monat April 1917 die Gasmeterstände von den Beamten der Gesellschaft aufgenommen wurden, einschließlich Warenaufsichtsteuer, 10 Pfennig für das Kubikmeter.

Die Handelsgenehmigung und der Schlussscheinzwang im Gemüsehändler tritt erst am 21. Mai in Kraft.

Postanweisungen für unsere Kriegsgefangenen in Russland können bekanntlich nicht unmittelbar an die Empfänger ausgefertigt werden, sondern sind an die Oberpostkontrolle in Vorn oder auf besonderes Verlangen des Abenders an das Schwedische Postamt in Ralmö zu richten. Der mit dem Gelde bedachte Gefangene, sein Unterbringungsort usw. sind auf der Rückseite des Postanweisungsabchnitts anzugeben. Die Angaben, die nur für die Vermittlungsstelle zwecks Ausfertigung neuer Postanweisungen nach Russland dienen, sind in deutscher Sprache aber mit lateinischen Buchstaben zu machen. Vermerke in russischer oder einer anderen slavischen Sprache oder in rufinischer Schrift führen zur Verzögerung der Uebermittlung oder zur Unbestimmtheit der Postanweisungen. Die Postanstalten werden daher in Zukunft solche Postanweisungen von der Annahme zurückweisen.

„Unermittelte Heeresangehörige, Nachlass- und Hundesachen“. Die 8. Nummer der Sonderliste „Unermittelte Heeresangehörige, Nachlass- und Hundesachen“ ist am 1. Mai als Beilage zur deutschen Verlustliste erschienen. Verordnungsamt wird die Sonderliste durch ein Namensverzeichnis von Gefallenen, deren Angehörige nicht zu ermitteln waren, ferner durch Mitteilungen über unbesetzbares Offiziers- und Warenaufgepäck, das beim Militärpaketamt in Berlin lagert. Eine Verlustliste liegt der Sonderliste diesmal nicht bei. — Die Liste ist auch direkt durch die Norddeutsche Buchdruckerei, Berlin SW., Wilhelmstr. 82, zum Preise von 20 Pf. einschließlich Porto im Einzelverkauf zu beziehen.

Aufhebung einer Kettenhändlerbande. Dem Kriegsdurcheramt waren Angebote von Lebensmittelbekannt geworden, bei denen es sich wegen der Höhe der Preisforderungen nur um Preistreibereien und Warenzurückhaltung handeln konnte. Als Hauptschuldige wurden festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugewiesen der 23-jährige Kaufmann Arnolow aus Berlin und der 13-jährige Agent Heinrich Nicopoli aus Charlottenburg, der sich als Grieche ausgab, in Wirklichkeit aber aus Lemberg stammt. Es wurden beschlagnahmt u. a. 35 Zentner Kaffeemischung, 24 Zentner Gerstenkaffee, 2000 Kilo Schokolade, 40 Zentner Waffelpulver, 30 Zentner Schokolade, 75 Zentner Kerzen und 8 Zentner Del. Die Waren wurden aus verschiedenen Versteuern hervorgeholt. Sie sind zum großen Teil schon im Frieden hergestellt und wurden im Wege eines umfangreichen Kettenhandels von einer Hand in die andere verschoben. Die Mehrzahl der Beteiligten hatte keine Handels-erlaubnis.

Vermisste Geisteskranke. Seit dem 20. April wird die 20-jährige Tochter Gertrud des in Schlachtensee, Wannsee, 17, wohnhaften Direktors Paris vermist. Die Angehörigen vermuten, daß das Mädchen, das seit einiger Zeit gemütskrank ist, in der Umgebung Berlins umherirrt oder Selbstmord verübt hat. Es ist auch möglich, daß sie in irgend einer Anstalt unterkunft gefunden hat. Die Vermisste ist 1,60 Meter groß, schlank, hat starkes, dunkelblondes Haar, längliches Gesicht, vollständiges Gebiß mit einigen Goldplomben. Sie trägt ein schwarzes Kleid, dunkelblauen Wintermantel, schwarzen Strümpfen und schwarzen niedrigen Schuhen sowie schwarzem Samt mit breiter Krempe. Die Wäsche ist G. B. gezeichnet. Der Vater der Vermissten hat auf die Ermittlung 500 M. Belohnung ausgesetzt.

Warnung vor einem Uhrschwindler. In Berlin und Vororten treibt ein Schwindler sein Unwesen, der mit folgendem Trick arbeitet: Durch den Fernsprecher ruft er ein Uhrgeschäft an, gibt sich als den Inhaber eines anderen Uhrgeschäfts in der Nachbarschaft aus und teilt mit, daß er dem Kollegen einen Kunden zugeführt habe, der bei ihm das Gewünschte nicht haben können. Er bittet, dem betreffenden Herrn eine Uhr nach Wunsch gegen Verzahlung zu verbriefeln. Bald darauf erscheint denn auch in dem angerufenen Geschäft der Käufer, der natürlich niemand anderes ist als der Schwindler. Er läßt sich Taschenuhren vorlegen, wählt eine wertvolle Uhr aus und läßt sich diese in einen mitgebrachten Feldpostkasten verpacken. Dann verlangt er noch eine billige Feldpostuhr, und während der Uhrmacher diese herausruft, verläßt der Gauner geschickt und schnell den Feldpostkasten, in dem sich die ausgewählte teure Uhr befindet, mit einem anderen gleichartigen. Wenn es nun an Bezahlen geht, erwidert der Kunde zu seinem Schrecken, daß er sein Portemonnaie zu Hause gelassen hat, und bittet, das Palet zurückzubehalten, bis er das Geld geholt habe. Natürlich wartet der Verkäufer vergeblich auf die Wiederkehr des Kunden, der mit der wertvollen Uhr in der Tasche auf immer wiedersehen verabschiedet. Der Betrüger ist ein höchstens 20-jähriger Mensch von mittelgroßer, kräftiger Gestalt; er hat volles Gesicht, dunkelblondes Haar und trug einen braunen Ueberzieher.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 25 Jahre alte Schmied Karl Vannmeyer aus der Bachholderstr. 40 zu Reinickendorf, der vor 14 Tagen beim Aussteigen auf einen Straßenbahnwagen der Linie 86 unter einen Militärkraftwagen geriet.

Charlottenburg, Abgabe von Eiern. Für die Zeit vom 7. bis 19. Mai werden auf Abschnitt 21 der Eierkarte 3 Eier abgegeben.

Schuljahrabschluss. In der Zeit vom 1. April 1916 bis zum 31. März 1917 sind in der städtischen Schuljahrabschluss in Charlottenburg von Gemeindefachlehrern 2896 Knaben und 8151 Mädchen, d. h. durchschnittlich 21 Proz. der Gesamtzahl der Gemeindefachlehrer durchschnittlich untersucht worden. Davon waren 800 Knaben und 908 Mädchen frei von Zahnkrankheiten, 2097 Knaben und 2865 Mädchen wurden zahnärztlich behandelt.

Weitere Eierlieferungen für die Bezirke. Das Landesamt für Nahrungsmittel und Eier hat, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, den Kreisen Zehlendorf und Niederschönhausen weitere zwei Millionen Eier zur Verteilung für die Zeit bis Mitte dieses Monats überwiesen. Es wird daher möglich sein, die großen Versorgungsbedürfnisse der beiden Kreise besser als bisher mit Eiern zu befriedigen.

Tempelhof, Lebensmittelnachrichten. Außer den üblichen Mengen an Lebensmitteln werden von morgen ab 8 Eier auf Abschnitt 15 der Eierkarte verabfolgt. Die Abnahme der Eier muß bis einschließlich Sonnabend, den 12. Mai, erfolgt sein. Außerdem wird in den öffentlichen Verkaufsstellen in der Ringbahnstraße und in der Berliner Straße Kriegsmus verteilt.

Weißensee, Lebensmittelnachrichten. In der laufenden Woche dürfen 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Die Kartoffel-fundstellen verlieren am 18. Mai ihre Gültigkeit. Bis zum 10. Mai hat die Anmeldung zur neuen Kundenliste zu erfolgen. Bei den Kleinbäckern sind zu haben auf die Abschnitte 54b und 54d der Kartoffelkarte je 125 Gramm Graupen und auf das Kopfmaß der Brotkarte der 115. Woche 250 Gramm Kuchenteig. In der Verkaufsstelle Langhausstr. 103 gelangen Eier zum Verkauf. Auf Abschnitt 7 der aufgeräumten Eierkarte wird ein Ei zum Preise von 28 Pf. und auf Abschnitt 8 zwei Eier zum Preise von je 31 Pf. verabfolgt. In der Verkaufsstelle Viktorienstr. 24 gelangen Fischwaren zur Ausgabe, ebenso Protinausschnitt, Dose 1,75 M.

Pantow, Lebensmittelabgaben. In der laufenden Woche gelangen zunächst nur drei Pfund Kartoffeln zur Ausgabe. Darüber, ob die an der in Aussicht gestellten Wochenernte fehlende Menge noch nachträglich oder an deren Stelle Nehl zur Verteilung gelangt, wird erst gegen Ende der Woche Besimmung getroffen. Auf Zugkartoffelkarten werden 2 Pfund abgegeben. — Freie Seefische gelangen in den Geschäften von Weißensee, Neue Schönholzer Straße 5, und Sonntag, Wollankstr. 13, zum Verkauf. Auf jeden Bezug- und Luitungsabschnitt 2, 12 und 24 der Lebensmittelkarte kann bis auf weiteres ein Pfund Fische entnommen werden. — Ohne Anrechnung auf die Fleischmenge gelangt, soweit der Vorrat reicht, ausgelassener Taig zum Preise von 30 Pf. für 50 Gramm an Bezug- und Luitungsabschnitt 30 zur Ausgabe. Der Taig nicht erhält, muß behufs weiterer Veranschlagung Abschnitt 30 sorgfältig aufbewahren. — Der Verkauf von Sardellen-Protinausschnitt erfolgt ohne Abrechnung eines Abschnitts der Lebensmittelkarte. — Zum Bezug von 25 Gramm Haselnuß-Speiseöl ist Bezugabschnitt 29 der Lebensmittelkarte bis zum 8. Mai abends gegen Empfangsbekundigung abzulefern. Gegen Abrechnung des Luitungsabschnitts 29 erfolgt dann Ende der Woche die Abgabe des Öls.

Reinickendorf, Neuregelung der Feuerungszulagen. Eine anderweitige Regelung der Feuerungszulagen beschloß die Gemeindeverwaltung in ihrer letzten Sitzung. In Anlehnung an die von Preußen gewährten Sätze werden statt der bisherigen einheitlichen Rinderzulage von 5 M. pro Monat ab 1. April gezahlt für 1 Stb 6 M., für 2 Rinder 14 M., für 3 Rinder 24 M., für 4 Rinder 36 M., für 5 Rinder 50 M. Zum Vorsitzenden des Feuerungsamtes und des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wird an Stelle des Rechtsanwalts Vinus der Rechtsanwalt Scherbütz gewählt und in den Vorstand der Sparkasse für Genossen Schönberg Genosse Gursch. Von unseren Genossen war der dringliche Antrag gestellt worden, den gesamten Kohlenbedarf der Einwohner für die kommende Heizungsperiode durch Bezug von Gemeinde wegen sicherzustellen. Namens des Gemeindevorstandes erklärte der Bürgermeister, daß der Gemeindevorstand die Notwendigkeit der Kohlenbeschaffung anerkennt und entsprechende Maßnahmen vorbereitet seien. Die Gemeindeverwaltung erklärte ihr Einverständnis mit dem Antrage.

Niederschönhausen, Lebensmittelverteilung. Da augenblicklich genügend Magermilch vorhanden, ist beabsichtigt, diese auch an Personen über 60 Jahre zu verabfolgen. Ein Rechtsanspruch besteht jedoch darauf nicht. Anmeldungen im Rathaus für die Buchstaben A bis H heute, I bis O morgen, P bis Z übermorgen. — Für die kommende Gemüsezzeit wird noch einmal auf den vorhandenen Bouillon-Extrakt aufmerksam gemacht. Das Pfund kostet 6,00 M. Kartoffeln gibt es wieder 5 Pfund.

Reinickendorf, Gemeindevertretung. Der Zuschlag zur Einkommensteuer beträgt auch in diesem Jahre 170 Proz. Das neuereingerichtete Lebensmittelamt hat bisher über 18 Millionen Mark umgesetzt. Die Bildung einer Einkaufsgesellschaft wurde von der Gemeindeverwaltung unterstützt. Am genügigen Einkauf zu haben, hat die Gemeinde dreiviertel der Anteile übernommen. Im ganzen Regierungsbezirk besteht bereits eine Bezirks-einkaufsgesellschaft, welche die einzelnen Gemeinden beliefert. Leider werden in der Belieferung Unterschiede in Stadt und Land gemacht. Dadurch wurden unserem Ort auch nicht genügend Eier geliefert. In der von der Gemeinde eingerichteten Kinderkrippe werden Kinder jeden Alters und jeder Konfession aufgenommen. — Am den Garten- und Laubendbüchern Gelegenheit zum Bewässern ihrer Parzellen zu geben, will die Gemeinde Wasser zum Selbstkostenpreise abgeben. Die Befreiung der Interessenten von der Haus- und Grundsteuer zur Geltung. Eine längere Aussprache gab der Vertrag mit der Hamburg-Wannheimer Versicherungsgesellschaft betr. Kriegspatenshaft. Der Vertrag wurde an eine Kommission verwiesen, der auch Genosse Wietke angehört. Der Jahresabschluss für 1914 wurde ohne Debatte genehmigt.

— Forderung der Fleischbezugsfrage. Um eine bessere Fleischverteilung zu ermöglichen, soll von dieser Woche ab an drei Tagen jeder Woche der Verkauf stattfinden, und zwar jeden Dienstag und Sonnabend auf die Reichsfleischkarte und jeden Donnerstag auf die Kreisfleischkarte.

Rosowes, Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit der Frage des Ankaufs eines Grundstücks. Da zur Schaffung besonderer Räume für Prozedur der Kriegsverwundeten und Kriegshinterbliebenen sowie des Arbeitsnachweises die Unterverwaltung des Bürgermeisters benützt werden soll, so machte sich die Schaffung einer neuen Dienstwohnung notwendig. Dies ist auch gelungen, doch will die Besitzerin ihr Haus verkaufen und hat es der Gemeinde an. Da jedoch Finanzkommission und Bürgermeister sich gegen den Ankauf ausgesprochen, wurde beschlossen, nur wegen Abschluß eines Mietvertrages in Verhandlung zu treten. — Einen weiteren Beratungspunkt bildete die Einrichtung einer Milch- und Käse. Dem Vaterländischen Frauenverein war von der Gemeindevertretung der Vorschlag gemacht worden, ihre Speiseanstalt für die weitere Dauer des Krieges zu schließen und die Räume für die Milchküche herzugeben, da die Kriegsküchen der Gemeinde dem Bedarf völlig genügen würde. Hiermit hat sich der Vaterländische Frauenverein einverstanden erklärt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Pankow-Niederschönhausen-Buckholz. Die Mitgliederversammlung findet in dieser Woche nicht statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Weißensee. Morgen abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Stärke, Charlottenburger Ecke Lützowstraße. Vortrag des Genossen Poytsch über „Revolution oder Reform“. Bericht vom Vegetations-

Groß-Berlin. Mitglieder, „Vorwärts“-Leser, sowie Genossen und Genossinnen, die auf dem Boden der Parteieinheit stehen, sind hierzu eingeladen.

Treptow-Baumfächerweg. Morgen abend 8 1/2 Uhr, im Lokal von Ringeltaube in Treptow, Graefstraße 1: Mitglieder-versammlung für die Ortsteile Treptow und Baumfächerweg. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und vom Bezirksrat Groß-Berlins. 2. Die Lebensmittelversorgung in Berlin-Treptow. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert!

Tempelhof. Morgen abend 8 1/2 Uhr bei Ledermann, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Berderstraße: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Redakteurs Genossen Erich Ruttner über: Der Kampf für die deutsche Freiheit. 2. Berichtserstattung von der Generalversammlung und vom Bezirksrat. Alle „Vorwärts“-Leser werden um ihr Erscheinen gebeten.

Wariendorf. Mitgliederversammlung morgen abend 8 1/2 Uhr bei Koch, Chausseestr. 44. Wichtige Tagesordnung. Alle „Vorwärts“-Leser und Genossen, die auf dem Boden der Gesamtpartei stehen, sind eingeladen.

Freienau. Mitgliederversammlung morgen abend 8 1/2 Uhr bei Schulz, Biesbadener Straße 78, Ecke Laubacher Straße. Wichtige Tagesordnung. Stellungnahme zu den Beschlüssen der Generalversammlung. Um zahlreiches Erscheinen aller auf dem Boden der Gesamtpartei stehenden „Vorwärts“-Leser und Genossen wird gebeten.

Steglin. Morgen, abends 8 Uhr, bei Clément, Duppelstr. 7: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Generalversammlungen des Kreises und von Groß-Berlin; Aussprache; Wahl eines Mitgliedes zum Kreisauschuss.

Oberhühnenweide. Morgen abend 8 1/2 Uhr bei Ladewig, Laufenerstr. 5, Zehlendorf.

Wohndorf. Morgen abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Grabow, am Bahnhöf. Bericht über die Generalversammlung und den Bezirksrat von Groß-Berlin.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 9. Mai, findet keine Mitgliederversammlung statt. Zur nächsten Mitgliederversammlung wird extra eingeladen. Beiträge können bei den Genossen H. Köckerig, Kluisstr. 8, und Max Hedder, Friedrichstr. 2, entrichtet werden.

Frederksdorf-Petershagen. Morgen, abends 8 Uhr, Zehlendorf bei Dölar Kirchner in Frederksdorf. Hierzu sind auch alle „Vorwärts“-Leser freundlichst eingeladen.

Aus aller Welt.

Auch ein feindlicher Staatsangehöriger.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung des braunschweigischen Staatsministeriums: Auf Grund des Art. 3 der Bekanntmachung, betreffend wirtschaftliche Vergeltungsmassnahmen gegen Portugal, vom 14. Mai 1916 ist die zwangsweise Verwaltung des dem portugiesischen

Staatsangehörigen d'Andrade in Lissabon gehörigen, im Bad Harzburg gelegenen Grundstücks Nr. 492 angeordnet und der Gärtner Kammerhoff daselbst als Verwalter bestellt.

Dieser portugiesische Staatsangehörige ist natürlich kein anderer als der weltberühmte Bariton Francisco d'Andrade, dessen unergiebliches Champagnerlied aus dem „Don Juan“ — eines der schönsten Gemälde Sologos stellt den Sänger in dieser Szene dar — einst auf allen großen Opernbühnen Deutschlands erklang und noch heute von tausend Grammophonplatten widerhallt.

Das Ende der „ewigen Wonnegegend“.

Ein Ausschuss hat sich gebildet, um das Lied „Heil Dir im Siegerkranz“ (von Kaiser Friedrich „die ewige Wonnegegend“ gesungen) durch ein passenderes zu ersetzen. Der Entschluß wird gedenkmalig begründet:

Nach der Ansicht weiter Kreise weckt „Heil Dir im Siegerkranz“ nicht mehr einen vollenbelebenden Widerklang; zu Ehren des englischen Königs Georg II. wurde die Melodie — God save the king — komponiert, dem dänischen König Christian VII. galt der Text; überdies sind Ausbruch und Reim voll ungeschickter Härten. Schon seit Jahren ist eine beständige Vermischung der deutschen und der englischen Volkshymne im Auslande durch unsere Seemannsleute, Beamte, Kaufleute peinlich empfunden worden. Was früher bedauerlich erschien, wäre jetzt unleidlich.

Also die „ewige Wonnegegend“ ist als Engländerin entlarvt! Und so heißt es jetzt: „Ein neues Lied, ein besseres Lied, ihr Freunde sollt ihr mir dichten.“ Und zu diesem Zweck wird ein Preiswettbewerb veranstaltet.

Der bekannte schweizerische Flieger Parmelin, der bei Kriegsausbruch in italienische Dienste getreten war, ist tödlich verunglückt. Im Jahre 1914 überflog er von Colleg-Boffy bei Genf aus den Mont Blanc.

Die freie Turnerschaft Wilmerdorf-Schmargendorf ladet ihre Mitglieder sowie Gäste, Männer, Frauen und Kinder zu ihren Versammlungen herzlich ein. Die Turnstunden finden jeden Dienstag und Freitag in der Turnhalle der IV. Gemeindefehle, Roblener Str. 22/24, statt und zwar für Kinder und Jugendliche von 7-9 Uhr, für Männer und Frauen von 8-10 Uhr abends. Spiele im Freien Mittwoch abends und Sonntag von früh 8 Uhr an im Stadtpark, Kaiserallee. Fußballspieler können sich den bestehenden Sportabteilungen im alten Ort, Halensee oder Schmargendorf anschließen.

Eingegangene Druckschriften.

- Die Wahl der Arbeiterausschüsse und der Angestelltenausschüsse. Von Dr. Hermann Schulz. 1,60 M. — Julius Springer, Verlag, Berlin.
- August der Starke. Von Alfred Schlotauer. Geb. 5 M., geb. 6,50 M. — Verlag H. G. Bong, Berlin.
- Die Friedensidee. Von Hans Prutz. 3 M. — Ein deutscher Arzt am Hofe Kaiser Nikolaus I. von Rußland. 7,50 M. — Verlag Duncker u. Humblot, Leipzig.
- Reichs-Wohnberechtigung. Von Dr. jur. B. Schullmann. 3,40 M. — Verlag Ferd. Enke, Stuttgart.
- Wege zur Kulturhöhe. Von E. L. Stahl. 1,50 M. — Beiträge zur Theaterkultur-Bewegung. Von Gerst, Rämpf und Pfeifer. 1,20 M. — Verlag Eugen Diederichs, Jena.
- Vergabungsdichten. Von Dr. Max Apel. 1 M. — Vita, Deutsches Verlagshaus, Charlottenburg.
- Die Reimelieder. Von Dr. A. M. Grimm. 40 Pf. — Verlag F. V. Gunders in Reutlingen.

Briefkasten der Redaktion.

St. H. B. Unseres Willens nicht anständig. — Wilhelm 49. 1. Der Borgebote kann in der Art über die Kontributionsgebühren und die Uebernahme der Kontributionsgebühren. 2. Für diese Uebernahme gibt es keine Entschädigung in bar. — C. Z. 15. Ihrer Frau muß die Unterhaltung bis Ende des Monats gezahlt werden. Erleben Sie Bekümmerte nach dem ablaufenden Befehl des Landratsamts an den Kreisverwaltungspräsidenten und verweisen Sie darin auf eine Verfügung des Kriegsministeriums und des Ministers des Innern, wonach ohne Rücksicht auf den Grund und den Zweck der Entlassung der Familien der Heerespflichtigen die Unterhaltung noch auf die Dauer eines halben Monats zum nächsten Fälligkeitstage an weiter gezahlt werden soll. — R. N. 10. Nein. — S. H. 12. Ja. — R. 4. Diese ausländische Zeitung können Sie in der Goethe-Buchhandlung, Friedrichstr. 195, beziehen. — R. Z. 32. Sie sind zur nachträglichen Angabe der Veranlagungscommission gegenüber verpflichtet. Sie könnten sonst zu hoch zur Steuer eingeschätzt werden. — G. Z. 5. Landsturmpflichtig, Krankheiten des Ohres und Krankheiten der Unterleibsorgane. Je nach der Besserung Ihres Zustandes können Sie bei einer Nachmusterung auch als R. S. gemustert werden. — P. M. 99. 1. Darüber muß mit der Firma doch eine Verständigung durch den Arbeiterschuß erzielt werden. 2 u. 3. Ja. 4. Dem kaufmännischen Personal steht davon nichts zu. — R. G. 1. Die Entziehung der Wohnung und der Unterhaltung kann in diesem Falle eintreten. Sie müßten jetzt nach der Todeserklärung Ihres Mannes Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente stellen.

Glück auf. Wenn diese Jahrgänge entlassen werden, können wir nicht jagen, das liegt bei der Kommandogewalt des Kaisers. — W. R. 12. In das Generalkommando, zu dem der Truppenteil des Sohnes gehört. — R. W. 100. Kriegsauslösung für Groß-Berlin, Linienstr. 83. — G. R. 33. 1. Der Plan wird sehr ernstlich erwogen, ob wegen der Kleingeldhamsterei nicht daselbst ganz außer Kurs gesetzt werden soll. 2. und 3. Ja. — C. Th. 1. 1. Altersrente wird erst vom 65. Lebensjahre an gezahlt. Anwartsrenten kann der Vater nicht beziehen, da keine Unfallrente erheblich höher ist als diese. 2. Die Mutter würde von der Berufsunfähigkeit, wenn der Vater infolge der durch Betriebsunfall verursachten Krankheit stirbt, eine Hinterbliebenenrente bekommen, deren Höhe wir nur angeben können, wenn uns der Rentenbeleg des Vaters vorkommt. — G. H. 9. In Ihrem Fall wird mündere Bedürftigkeit angenommen, deshalb erhalten Sie nur einen Teil der Unterhaltung. Wenn Sie dagegen jetzt arbeitslos oder krank sind, müssen Sie erneut Antrag auf Zahlung der vollen Unterhaltung stellen. — Buch 101. Auch auf die staatliche Unterhaltung besteht kein absoluter Anspruch, sie kann verweigert werden, wenn Bedürftigkeit als nicht vorliegend erachtet wird. Da sich in Ihren Verhältnissen nach Eingehung der Ehe nichts geändert hat, so kann Ihnen die Unterhaltung verweigert werden. — W. M. 2. Weihen, Nein. — G. H. 4. Staatssteuer können Sie nur an einem Orte zahlen, dagegen zur Gemeindesteuer können Sie in Dresden und in Berlin verpflichtet werden. — A. Z. 37. Zu dieser ärztlichen Behandlung können Sie verpflichtet werden. — R. H. 77. Nein. — S. H. 55. 1. Ja. 2. Jährlich ist noch das Amtsgericht, und zwar im Wohnort des Beflagten, in Frankfurt a. D. 3. Wenn der Beflagte gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch erhebt, so müssen Sie in Frankfurt jemand zur persönlichen Vertretung haben und dann wird sich wohl empfehlen, einen Rechtsanwalt zu nehmen. 4. Der Anwalt muß beim dortigen Amtsgericht zugelassen sein. — F. M. 99. 1. Arbeitsverwendungsfähig für die Heimat als Militäralbeiter. 2. und 3. Ja. — J. G. 300. Wenn Sie den Vertrag nicht unterschrieben haben, sind Sie zur Zahlung nicht verpflichtet, der Stäubiger kann dann nur Zahlung von Ihrem Manne verlangen. — A. G. 22. Felddienfähigkeit, geringer Dienstgrad, geringe Abweichung der Dienstjahre. Landsturmpflichtig, allgemeine Körperschwäche. — Weidgrou 100. Der Kompagnieführer hat in gewissen Fällen das Recht dazu. — W. B. 3. Geringe Schwerhörigkeit und Krampfadern, landsturmpflichtig. — S. C. 40. Nein.

Weiteransichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Trocken und vielfach heißer, nur im südlichen Küstengebiete stärker bewölkt, am Tage mild; in der Nacht zum Mittwoch wieder leichter Frost.

Unserem lieben Kollegen **Hermann Schwandt** nebst Gattin zur silbernen Hochzeit die herzlichste Gratulation. 45082 Das Schmiedelehrgang der Maffei-Schwarzkopfwerte Widan.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin u. Umgeg., Bezirk 16. **Nachruf.** Den Verstorbenen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Karl Kollhoff** infolge Herzschlags plötzlich verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung fand gestern auf dem Seegarten-Kirchhof in Betkensee statt. **Der Vorstand.**

Schmerzliche Erinnerung zum Sterbetag am 8. Mai 1916 an unseren unvergesslichen neugeborenen lieben Sohn und Bruder, den Schützen **Bruno Gabronsky** der als Opfer dieses Krieges im Kriegslazarett verstarb. Die trauernde Familie **Hauzeneder** verwitw. **Gabronsky**. Du warst unsre Hoffnung, Du wartst unser Glück, Du schreist uns mehr zu uns zurück, Stehst nicht das gedrohte Mutterberg, Und nicht des Vaters bitteren Schmerz, Singst nun so früh zur Ewigkeit, Was bergen die paar Worte für dieses, dieses Leid. 4621 Dies alles ist Dir nun geliehen Vom Jugendgenosse vom Leben und Lieben **Mube** laust.

Statt besonderer Mitteilung. Den Freunden und Bekannten des ehemaligen Schriftsetzers **Gustav Emil Neumann** habe ich die traurige Mitteilung zu machen, daß derselbe am 4. d. M. in Unkrankenhaus nach langer Krankheit im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Das Begräbnis findet statt am Mittwoch, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Heiligkreuz-Gemeinde in Wartenberg, Chrenacher Str. 62. 20476] S. H.: **H. Müller.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenarbeiter **Hugo Meeske** von der Firma Datz u. Co., Kaiserstraße, am 3. Mai im Alter von 57 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Westkirchhofes, Wilhelmshagen, Berliner Straße 31/32, aus statt. **Rege Beteiligung wird erwartet.** **Nachruf.** Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter **Adolf Weidner** von der Firma Demler, Marienfelde, am 29. April im Alter von 39 Jahren verstorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. **Bezirk Wedding.** Am 4. Mai starb unser Mitglied, der Maurer **August Fleischer.** Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem Seebahnhof-Kirchhof in Reinickendorf, West, Humboldtstraße, statt. **Bezirk Moabit.** Am 5. Mai starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter **Friedrich Hädicke.** Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Eichendorf, statt. **Ehre ihrem Andenken!** 145/13 **Der Vorstand.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Totenverein „Gemüthsheil“ und dem Herrn Balde Rausche für die trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen unseren herzlichsten Dank. **Richard Nölte** und Kinder.

6000 kleine Schachteln Kola-Dultz umsonst! Ich möchte gern einem jeden, der schwache Nerven hat, eine Probe meines Mittels zukommen lassen. Es belebt die Nerven, regt sie an und beeinflusst dadurch dermaßen die Gesundheit, daß man sich bald so frisch, wohl und unternehmungslustig fühlt, wie man es von Natur aus sein sollte. Kola-Dultz soll überdies auch die Nerven in Anregung erhalten. Im eigenen Interesse eines jeden Lesers dieses Inserates, der erschöpfte Nerven hat, oder der leicht müde und abgespannt wird oder zu Kopfschmerz und Schlaflosigkeit neigt, wünsche ich, daß er Kola-Dultz versuchen möge, und wahrscheinlich würde er dann bald wie viele andere sagen können **Die Wirkung von Kola-Dultz ist geradezu überraschend!** Die besten Nerven sind die, von denen man am wenigsten merkt. Kola-Dultz ist ein Freund der Nerven. Es ist angenehm im Gebrauch, und seine Wirkung ist eine Erfrischung. Kola-Dultz ist unschädlich und wird Männern, Frauen und Kindern empfohlen. Das Alter hat dabei nichts zu sagen. Es ist ein Präparat zur Anregung der unangenehm bemerkbar machen. Schreiben Sie mir sofort eine Postkarte und verlangen Sie Gratis-Zusendung einer Probenschachtel. **Max Dultz, Berlin SO 33, Nr. 321.**

Elektrolyt Georg Hirth hebt die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wird bei jeder auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenpackungen für 50 Pf. die 60 Pf. je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der **Ludwigs-Apothek, München 5, Neuhäuserstr. 8.**

Gänse- oder Entenschmalz kauft Vth. 14 M. Andere Ware brauche ich nicht. 44322* **Tasche, Berlin, Planufer 21.**

Reuters Werke 3 Bände 5 Mark **Buchhandlung Vorwärts** Nächste Ziehung schon 9. bis 11. Mai. **Strassburger Geld-Lotterie** Erster Hauptgewinn Mark: **75 000** Zweiter Hauptgewinn Mark: **30 000** Lose zu M. 3.00 Postgeb. u. Liste 35 Pf. außerdem. Eine feine Banknotenmappe mit 2 Strassh. u. 3 Rote + Losen M. 15.50. Eine feine Banknotenmappe mit 4 Strassh. u. 6 Rote + Losen M. 30. — einschließlich Postgebühr und 2 Listen. **Gustav Haase Verlag (k. Schwarz) Berlin** NO 43, Neue Königstr. 86 SO 16, Neanderstr. 38. Fernsprecher: Amt **Königstadt 1947.** Telegramme: Schwarz, Berlin, Neue Königstr. 86.

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall **geschulte Kräfte gesucht** sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerte „**System-Karlsruhe-Hackfeld**“. 80 S. starke Broschüre kostenlos. **Bonnens & Hackfeld, Potsdam, Postfach 167**

Spezialarzt für alle Geschlechtskrankheit, Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuch., Ehrlich-Hata-Kur. Schnelle, sichere, schmerzlose Behandlung ohne Berufsberatung. Glänz. Erfolge. Mäßig Honorar. **Sanitätsrat Dr. Müller, Friedrichstr. 190 II, Eing. Kronenstr., Sprochthd. 11-1. 5-7, Stgs. 11-1.**

Zeigen schon verkauft! Die Original Standard Bereifung für Fahrräder ist neu, leicht und gefällig. Aufmontierung eine Minute! In allen einschlägigen Geschäften zu haben. **Standard Company, Berlin S. Köpenicker Damm 91.** Vertreter überall gesucht.

Kostüme wasserdichte Mäntel, Röcke, Wintermäntel, neueste Formen, beste Stoffe, gibt an Private Damenmantelfabrik **Bilski, Kranienstraße 30, Dönhofsplatz.**

Korsetts! Außergewöhnlich günstiges Angebot! Noch von dauerhaftem Stoff gearbeitete Korsetts. Schnitt und Sitz hervorragend. Preis von 6 Mark an. **Frau E. Krieg, jetzt Martin-Luther-Str. 81, vorn II, zwischen Barbarossastraße und Grunewaldstraße.**

Die Schlacht im Kohlenbecken.

Furchtbarer als je wütet die Schlacht um die Kohlengruben, auf deren Niederüberung es unsere Feinde mit ihrer neuesten Offensiv...

Die Höhe von Vouign, die die ganze Gegend von Vethune bis Lens beherrscht, ist kaum erklommen, so verliert sich der Blick in der Weite des ungeheuerlichen, düstern und rauchigen Panoram...

Der Norden Europas ist von einer Kette von Steinkohलगruben durchzogen, deren schwarzer Reichtum in der Gegend von Aachen zum erstenmal überrascht, dann an Lüttich, Namur, Charleroi und Mons entlangstreicht, bei Valenciennes in Frankreich eintritt, sich über Douai, Lens, Vethune in der Richtung auf das Graue...

Zwischen Vethune, La Bassée und Sibersy lobt der Kampf nun schon seit Jahren auf Kohlengruben, die in vollem Betrieb sind. Durch die Erde geschüttelt gegen die vernichtende Gewalt des Kanonendrusells, steht hüben und drüben ein Volk von Vergleuten...

Von der Höhe von Vouign gesehen, glaubt man eine unwahrscheinlich merkwürdige Stadt vor sich zu haben. Am jede Grube scharen sich Gebäude und Arbeiterdörfer, in ganz dem gleichen Zuschnitt erstrecken sie sich weit hin in gerader Linie...

Leergebrannte Häuser, lothige Mauerreste, die beklemmende Einsamkeit und die Stille des Todes, die der Krieg über Dörfer und Städte bringt. Die Deutschen bombardieren die Zugänge auf Lens. Das metallische Surren der Schrapnells läßt uns alle automatisch wie bei einer selbsttätigen Zeremonie den Kopf neigen.

Die Kanonen donnern, die leeren Gläser auf dem Tisch klirren und tanzen. Ein alter Grubenwächter, der am Ofen sitzt, erzählt ruhig vom Tode einer Dorfschönen. Hatte sich gestern gerade verlobt. Ihr Bräutigam hatte das Angebot bestellen wollen. Da wollte sie ihn abholen gehen. Aber wie sie kaum auf die Straße...

Arbeiter.

Von Stijn Streubels.

„Wirst Du jetzt nicht Deinen Bart abnehmen lassen, Jvo?“ fragte Manie, die sich an das wilde Gesicht ihres Mannes nicht recht gewöhnen konnte.

„Im Dorf,“ sagte er und lächelte wieder so sonderbar. Weiter oben kauften die Schnitter noch einiges Zuderzeug und sonstige Bekleidung für die Kinder und einen großen Pfefferkuchen als Willkommgruß für daheim.

Rum wollten die Weiber noch ein wenig herumgehen, aber nichts mehr kaufen.

„Wir haben jetzt alles, was wir brauchen,“ meinten sie, „und auf dem Dorfe sind noch die Schulden zu bezahlen.“

Sie gingen weiter und schlenderten durch die lange Geschäftstraße, von Fenster zu Fenster, in Gruppen oder einzeln, und tiefen sich gegenseitig an.

Sie waren die einzigen Spaziergänger in der Stille des Vormittags, und die Schnitter mit ihren Familien wurden nicht mehr beachtet wie die Dörfler, die sonst Sonntags ihre Einkäufe in der Gemeinde machten. Niemand schenkte einige Aufmerksamkeit den Arbeitern, die aus der Fremde zurückgekehrt waren; weder Trommel noch Musik waren vorhanden, um die jähren Kämpfer zu empfangen, die drüben im fernem Lande die Ehre der flämischen Arbeiterklasse hochgehalten hatten. Der Bürgermeister war nicht mit seinen Räten erschienen, um sie zu begrüßen und zu ehren, keine Vereine waren aufgezogen, keine Fahnen entfaltet...

Die Schnitter erwarteten auch keine anderen Ehrenbezeugungen, sie waren nicht daran gewöhnt, und das einzige, was ihnen Lust bereitete, war der Genuß, Weib und Kinder wieder zu sehen und sie lachen zu hören, das Gefühl, wieder auf bekanntem Boden zu wandeln, die Bäume, die Häuser, die Steine zu betrachten, die ihnen jetzt als kostbare Dinge erschienen, weil sie alle diese vertrauten Gegenstände so lange entbehrt hatten. Was sie selber im fremden Lande gejagt...

trat, hat ihr ein Granatsplitter die Brust aufgerissen. „Genau an der Stelle, wo der Oberst starb,“ sagt der Alte. „Eine böse Ecke das.“ Stimmt mit beiden Waden fauchend der Gendarm zu. Die Wirtin, die den Tisch für uns deckt, sagt nichts. Der Tod ist hier etwas so Alltägliches.

Ein dumpfer Schlag, Steinhaegel im Hof und ein Zischen und Säusen — das Bombardement setzt wieder ein. „Genau um dieselbe Zeit wie gestern,“ sagt die Wirtin, holt ihr Kind von der Schwelle und ruft den übrigen zu: „Messieurs, in den Keller. Hier herunter!“ Von oben poltern Schritte die Holzstiege herab. Türen schlagen zu, und eine ärgerliche Frauenstimme schreit andauernd nach Streichhölzern. Der alte Wächter klopft feuchend seine Pfeife aus, der Gendarm wirft die Serviette über die Schulter, nimmt die Flasche in den einen, das Brot in den andern Arm und trägt behutsam seine dampfende Suppe in den Keller. Im nächsten Augenblick ist das Haus leer. Das Leben vergräbt sich wieder. Das Dorf wird wieder zur unbewohnten Ruinenwelt. Nur ein junger Mensch in Jägeruniform spaziert noch mit der Zigarette im Mund über die Straße. „Sind Sie hierher abkommandiert?“ frage ich überrascht. „Nein,“ erwidert er grübelnd, „ich bin hier zu Hause, um mal acht Tage in Ruhe und Frieden bei den Meinen zu verleben!“

Wenige Minuten nur, und wir stehen auf dem Schlachtfelde, Angros und Liebin zu unseren Seiten, vor uns Lens mit seinem dicken barocken Glodenturm, unter uns St. Theodor, St. Peter, St. Elisabeth, St. Emil, lauter kleine Grubenstädtchen, die schon in ihrem Namen die Angst der hier Lebenden, alle Heiligen um Bestand bittenden Menschheit tragen, eine ruhige, schattenhafte Landschaft, in der der Qualm der Schornsteine mit dem Rauch der Explosionen ineinander fließt.

Die Deutschen halten Lens, die Engländer Liebin, aber im Bewußt der Arbeitersiedlungen läßt sich nicht erkennen, wo sich die beiden Fronten trennen. Die Schlacht rast hier über Städte, die in den Ruhepausen zu neuem Leben erwachen. Ein paar hundert Schritt von uns donnert Sperrfeuer auf das Pflaster. Der Feind will alle Zugänge abschneiden. Alle zwanzig, dreißig Sekunden ein Knall, eine Explosion, Wirbel von Ziegelsteinen, die im Fall mit ihrem Staub die Rauchwolken blutig färben. Hin und wieder Stinkbomben, deren giftiger gelber Dunst minutenlang alles im Umkreis verkleiert. Aus Calonne kommen gruppenweise Leichtverwundete, denen die rüffelartige Gasmaske etwas Schauerliches gibt. Auch wir machen uns mit bereitgehaltener Gasmaske auf, nach Liebin vorzuziehen. Die Zone der Zerstörung nimmt uns auf.

Wir wandern durch die gigantischen Ruinen zerstörter Bergwerke. Die Eisengerüste, die sich über den Gruben aufbauen, sehen aus wie im Seegefecht schwer mitgenommene verbogene Panzertürme. Man sucht sich seinen Weg zwischen Kohlen und geborstenen Eisenbahnschienen, in einer Welt von Trümmern jeder Beschreibung, durch Irrgänge von Laufgräben und Drahtüberbauten und wassergefüllten Granattrichtern. Noch weiter vorn hat die Schlacht alles vom Erdboden rasiert. Von großen Industriefabriken ist nichts anderes übriggeblieben als ein toter Haufen zermürbter Ziegelsteine. Wie Felseninseln ragen über dieser wüsten See die gepanzerten Gipfel der deutschen Beobachtungsstände auf.

Rollencourt. Hier lebt wenigstens noch ein Echo von dem, was war, stehen noch Häusergerippe. Von Keller zu Keller laufen die tiefen deutschen Verbindungsgräben, und die Stacheldrähter tragen noch Schilde. Wir kommen nach Liebin, das mit seinen idyllischen, symmetrischen Straßen, an denen immer die gleichen Häuser sich aufreihen, bestemmend wie ein endloses Rudsthaus wirkt. Schon lange haben wir keine Stimme mehr gehört. In gähnender Oede tut sich eine Straße nach der andern vor uns auf. Der eingemauerte Bahnhof scheint nur noch ein einziger, großer, zertrümter Schuppenhaufen voller verbeulter Waggons. Von den Hügeln guden fallweise Häuser wie erschrockene Zuschauerinnen mit weit aufgerissenen Augen. In der Richtung auf Lens lobert eine Feuersbrunst. Lens verteidigt sich. Sein Kirchturm berstet und taucht wieder auf aus Explosionswolken. Schwärme von Flugzeugen flattern darüber hin. Vier deutsche Fesselballons gehen einer nach dem andern in die Lüfte. Hinter einem Haufe flattert ruckweise eine Fahne auf: irgend jemand gibt dort unsichtbaren Zuschauern Zeichensignale.

Mitten in der Straße Graberreiben: tote von gestern. „Fallen in the fight“ (im Kampf gefallen) steht auf den Kreuzen neben Namen englischer Soldaten. Umgestülzte Flaschen liegen auf den frischen Hügeln. Sie bergen in ihrem Innern die letzte Rost der Toten, die Briefe, die sie nicht mehr lebend erreichten. Wie Reliquien schimmern die Karten und Briefe durch das grüne Glas, gute Gedanken der Lieben in der Ferne, mit denen diese Schläfer zur Ruhe gebettet wurden. Ein zärtliches Pflöpfchen liegt über diesen einsamen Grabern der verrückten Kohlenstadt, gleich einem stillen inbrünstigen Gebet. (z)

Der Wert der Sommerzeit für die Volksgesundheit.

Die Einführung der Sommerzeit hat sich im vorigen Jahre so trefflich bewährt, daß ihre diesjährige Erneuerung als selbstverständliches Gebot erschien. Ihre Vorzüge praktischer und wirtschaftlicher Natur liegen ja klar auf der Hand. Aber auch die Volksgesundheit wird durch sie in reichem Maße gefördert. Darauf weist Professor Dr. Chr. Ruhbaum in einem Aufsatz der „Mensch“ hin, der zugleich für die Durchführung der „ununterbrochenen Arbeitszeit“, wie sie in anderen Ländern bereits üblich ist, eintritt. Der Hauptwert der Sommerzeit für die Gesundheit besteht nämlich darin, daß der Mensch, besonders der Städter, die hellen Tagesstunden mehr zum Aufenthalt und zur Körperbetätigung im Freien ausnützt. Dabei kann das Sonnenlicht seine stärkende Kraft ganz ausüben, die Bildung der roten Blutkörperchen anregen und das allgemeine Wohlbefinden heben. Dadurch, daß die dunklen Stunden in erhöhtem Maße der Ruhe gewidmet werden, ist der Schlaf tiefer und erquickender. Damit steht in Zusammenhang, daß das frühe Aufstehen und der rechtzeitig eintretende Schlaf den verschiedenen Berufstätigkeiten manche ihrer Nachteile nehmen und das Leben des Menschen, vor allem des Städtlers, naturgemäßer gestalten. Sodann werden durch die Sommerzeit die Augen geschont, da die Tätigkeit seltener im Dämmerlicht und bei künstlichem Licht stattfindet. Mit der Sommerzeit sollte aber auch im Interesse der Volksgesundheit die ununterbrochene Arbeitszeit verbunden werden, weil sie ebenfalls zur naturgemäßen Ausgestaltung unseres Daseins und zur besseren Verteilung von Arbeit und Ruhe beiträgt. Eine höhere Ermüdung ist gegenüber der jetzigen Lebensweise nicht zu fürchten, denn nichts strengt mehr an als ein durch weite Wege erkauftes Mittagsmahl ohne ausgiebige, darauf folgende Ruhe. Dies gilt für jede Art geistiger und körperlicher Tätigkeit. Freilich fordert diese Neu-einstellung unserer Zeit für den Städter auch eine Änderung seiner Schlafzeiten. Das Frühstück muß ausgiebiger gestaltet werden; für ein reichlicheres zweites Frühstück ist zu sorgen, damit die Hauptmahlzeit in die Nachmittagsstunden nach getaner Arbeit verlegt werden kann. Die Neuregelung unserer Arbeitszeit würde es auch dem Großstädter mehr als bisher ermöglichen, an den Stadtrandern, in Vororten und Dörfern zu wohnen, ohne das Abhegen in das Berufsleben kommt oder das Familienleben beeinträchtigt wird. Auch die dem Vergnügen gewidmete Zeit wird gesundheitlicher gestaltet und besser ausgenutzt. Gesellschaftliche Vergnügungen können früher beginnen und enden. Der Besuch von Theatern und Konzerten wirkt weniger aufregend auf die Nerven, wenn er nach der Hauptmahlzeit erfolgt und das jetzt vielfach übliche späte Essen vermieden wird.

Das Weichen der Schlafkrankheit.

Weber die außerordentlichen Erfolge, die die Bekämpfung der Schlafkrankheit im tropischen Afrika zu verzeichnen hat, gibt der letzte englische Regierungsbericht aus Uganda interessante Aufschlüsse. Es ist ja noch nicht lange her, daß das Bekannwerden dieser neuen Mensechtsgeißel allgemeines Entsetzen erregte und man ihren Verheerungen machtlos gegenüberstand. Ganze Gebiete im tropischen Afrika wurden damals entvölkert. In den ersten zehn Jahren des 20. Jahrhunderts forderte die Schlafkrankheit mehr als eine halbe Million Opfer. In dem Ugandagebiet allein starben im Jahre 1901 30 000 Menschen daran, und die Zahl der Toten erreichte bis zum Ende 1906 die Millionen-Marke von 200 000. In neuester Zeit hat sich nun das Bild völlig verändert. Wie der englische Bericht angibt, der bis zum Ende 1915 reicht, betrug die Gesamtzahl der Opfer der Schlafkrankheit im Uganda-Reich im Jahre 1915 im ganzen nur 352, fast 25 Proz. weniger als im Jahre vorher. Die dichtbevölkerte Ugandaprovinz verlor im Jahre 1906 durch die Schlafkrankheit 8003 Menschen; im Jahre 1915 starben daran nur noch drei Opfer. Der britische Bericht bergibt aber bezeichnenderweise zu bemerken, daß es in erster Linie eine Tat der deutschen Wissenschaft ist, wenn jetzt so glückliche Erfolge in der Bekämpfung der Schlafkrankheit erzielt werden. Deutsche Gelehrte, vor allem Robert Koch, sind es gewesen, die die Vorgänge bei dieser zunächst völlig geheimnisvollen Krankheit aufklärten und damit die wirksamen Waffen zu ihrer Niederzwingung in die Hand gaben.

Notizen.

Ein wahrer Goldtropfen. Zu förmlichen Phantastereien steigen die seit einer Woche in Erier zur Versteigerung gelangenden 1916er Weine. Ein feberhaftes Kaufgebot und häufiges Ueberbieten machte sich im Saal bemerkbar. Den bis jetzt höchsten Preis erzielte ein fuder Viezporter Goldtröpfchen mit 23 610 M. Ein wahres, goldaufwiegendes Tröpfchen, im Einzelverkauf wird die Flasche auf etwa 21 M. und das Glas auf 3,50 M. kommen.

laut ihre Freude äußern, weil sie ehrlich ihre Aufgabe erfüllt haben, wovon die Silberlinge zeugen, die sie auf der bloßen Brust tragen und die sie so freigebig wieder verzehren werden.

Der Rest des „Treffs“ mit der Harmonika ist mit dem Zuge weiter gefahren, und an jeder Station in ganz Mlandern wird er halten, um eine Schar herauszulassen, und an diesem Sonntag wird es überall das gleiche sein: wie Landstreicher ziehen sie durch die Straßen und gehen dann weiter landeinwärts nach ihrem Dorf oder Gehöft, wo Weib und Kinder die Begrüßung besorgen.

Jvo dachte daran nicht mehr als die anderen Kameraden aus der Gesellschaft. Sie waren allmählich still geworden, nun sie außerhalb der Häuserreihen auf der offenen Landstraße dahinstapften. Jvo fühlte sich unbehaglich, er war, nach dem großen Geräusch und der lauten Lustigkeit noch nicht an diese Stille gewöhnt — ihm fehlten die Gefährten. Dieser Abschied war so unerwartet vor sich gegangen und er bedauerte es, daß sie fort waren — oder vielmehr er empfand den großen Unterschied, den der Uebergang hervorgerufen.

Vor ihnen lag die lange, eintönige Straße, die sie zurücklegen mußten, sie zog sich mitten durch die ebene Flur. Der Himmel blieb einformig grau und der Wind hatte sich verstärkt und blies schärfer aus dem Westen über die öde Landschaft. Nirgends war ein Mensch zu sehen; die Felder lagen einsam da, und die letzten Wege hatten die Feldwege verschlammmt und unbegebar gemacht.

Der Trupp lief wie eine Schar Flüchtlinge über die Straße. Die Kinder schühten vor Müdigkeit oder Hunger; die Weiber mit den Kleinsten auf dem Arm und den anderen an der Hand oder am Rock erhoben laut ihre Stimmen, doch die gemachte Fröhlichkeit klang auf die Dauer doch ein wenig falsch; aber sie hielten aus, um die Männer etwas zu ermutigen, die nun plötzlich alle Luft vergessen zu haben schienen; sie gingen still nebenher und machten nur hin und wieder eine kurze Bemerkung über das, was sie auf der Straße sahen. Alle Wärme war verschwunden, seit sie sich angetrunken hatten, schien gänzlich verflüchtigt zu sein.

„s wird sich ändern,“ sagte Manie zu Emma, „wart' nur, bis sie heimkommen, und abends in den Kneipen, da tannt du was hören!“ (Fortf. folgt.)

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Der Geizige.
Mittwoch: Der Geizige.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Fasching.
Mittwoch: Fasching.
Volkstheater. Theat. a. Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Volk in Not.
Mittwoch: Volk in Not.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. C. Meinhard - R. Bernauer.
7 1/2 Uhr: Artur Schnitzler-Abend.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komödie.

Sessing-Theater.
7 1/2 Uhr: Madame Legros.
Mittwoch: Madame Legros.
Donnerstag: Peer Gynt.
Deutscher Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der Kammergesang.
Comtesse Mizzi. I. Klasse.
URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Direktor Franz Goerke:
Heimatland und Heimatliebe.

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr:
Das neue
Mai-Programm.
Geschw. Diek, Alf. Geißler,
Hubertus und Utlaw,
Leo Rauch.
Zum Schluss:
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt

Zirkus A. Schumann
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Das glänzende Mai-Programm.
Labero
Das große Experiment
Der Mord!
Die Entlarvung des Täters!
10 Außerdem 10
Attraktionen und
Die Seeräuber.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Cabaret
„Feld-grau“
Anfang 7 1/2 Uhr.
H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C.,
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Polizei-Präsidium. - Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen

Kennen Sie die Wohlfart
einer **Leibbinde?**
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller
Art.
Artikel z. Gesundh. - u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lohringener Str. 60. *
Lieferant für Krankenkassen.
Lungen-
kranke. Verlangen Sie Prospekt.
Sanitätsrat
Dr. Weise's Ambulatorium,
Berlin 116, Wilhelmstraße 96.
Sprechst. 9-10 1/2, 3-4 1/2.

Theater für Dienstag, den 8. Mai.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Der Troubadour.**
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gehr. Herrnfeld-Theater.
7 1/2 Uhr: **Ehe-Urlaub.**
Kleines Theater
7 1/2 U.: **Hans im Schnakenloch.**
Komische Oper
7 Uhr **Die Dose Sr. Majestät.**
20 Min.: **Lustspielhaus**
7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädel**
vom Lindenhof.
Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7 1/2 U.: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7 Uhr **Die Czardasfürstin.**
20 Min.
Residenz-Theater
7 1/2 U.: **Die Steiner-Mädel**
Schiller-Theater O
7 1/2 U.: **Der Tartuff. Sganarell.**
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: **Robert und Bertram.**
Z. I. Male:
Thalia-Theater
7 Uhr **Das Vagabundenmadel.**
25 Min.:
Theater am Nollendorferpl.
8 Uhr: **Die Walküre.**
7 1/2 U.: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7 1/2 U.: **Stolze Thea.**
Trianon-Theater
Gläubiger.
8 Uhr: **Die Hochzeitsreise.**

WINTERGARTEN
Mai-Spielplan:
8 Cincinnati
Jongleure.
Fritzi Welser
Sängerin.
2 Zolias
Trapezakt.
Paul Schelden
Zauberkünstler.
A. und B. Lanos
Exzentriks.
Sylvia Herzig
in ihren Tänzen.
Raimund-Trio
musikalischer Akt.
4 Claires
Faches Reck.
Ritlo
mit seinem Wunderhund.
Gastspiel
Rudolf Nelson
Käte Erholz-Nelson
Vortragskünstlerin.
Erna Alberti u. Trude Dusendann
lebendes Lied.
Trude Troll u. Kurt Fud
Tanzduette.
Paetzold-Truppe
komische Radfahrer.
Kinematograph.

Spolito
ERBDRICHSTR.-AN-DEK-KOOSTER-
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Viktoria-Theater
Kottbuser Str. 6-7
Täglich:
Unters. Leit. v. Rich. Oswald
Der große Kulturfilm

Es werde Licht
5 Akte von Rich. Oswald
und Lupa Piek.
Mit Unterstützung der
Deutschen Gesellschaft
zur Bekämpfung der Ge-
schlechtskrankheiten.
Regie: Rich. Oswald.
Hauptrolle: Bernd Alder.
Vorh.: D. vollst. neue, glanz.
Spezialitäten-Prgr.
Beginn: 7,6 u. 8 Uhr.

Uranias Blut
Zur Ausschließung aller scharfen
und kranken Stoffe aus Blut und Säften,
gegen Blutvergiftung, Blutanfrang,
rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist
mein **Blutreinigungspulver**
Sattaria seit über 25 Jahren wirk-
sam erprobt. Versand d. Nachnahme
Otto Reibel, Berlin 43, Sonnenstr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung!
Mitglieder des Metallarbeiterverbandes!
Die nächste ordentliche Generalversammlung der
Verwaltungsstelle Berlin findet am
18. Juni d. J.
statt.
Anträge hierzu müssen bis zum 28. Mai in Händen
der Ortsverwaltung sein. 174/18
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuillier
Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, den 10. Mai 1917, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches.
2. Bericht und Abrechnung vom I. Quartal 1917.
3. Beschlussfassung über den Antrag der Militärbranche: „Beramm-
lungen nicht mehr im „Vorwärts“ zu inserieren“.
4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsnach kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich um 8 Uhr eröffnet. Wir erlauben
daher ein vorzügliches und rechtzeitiges Erscheinen der Mitglieder.
Die Ortsverwaltung. 160/6

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Casino-Theater
Lohringener Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
7 1/2 Uhr: Das neue Mai-Prgr.
Hervorragende Spezialitäten.
8 1/2 Uhr: Märchenlicher Beifall.
Großer Seiterfeuersfolg
Wenn's Mailüfterl weht.
Sonntag 4 Uhr: 'ne gute Idee.
Volg-Theater.
Badstr. 68. Badstr. 58.
Täglich:
Das rote Schloß.
Sonabend, den 12. Mai:
Benefiz für S. Wehrte:
Mein Herzensritzt.
Eröffnung 6 1/2, Anfang 7 1/2 Uhr.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Findelkind.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der fidele Bauer.
NATIONAL-THEATER.
Röpenicker Str. 68. Tägl. 7 1/2, 8
Heiratsfieber.
Voffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akt.
Musik von Walter Bromme.
Neue Ausstattung! Neue Balletts!
Vorverkauf ab 10-2 u. ab 6 Uhr abds.

Palast
Gastspiel der **Schlierseer**
mit **Xaver Terofal.**
7 1/2:
's Liserl von Schliersee.
Morgen dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 13. Mai, 3 1/2 Uhr:
Almenrausch und Edelweiß.

Verkäufe

Leihhaus Wersdorferstraße 7. Pelz-
waren! Neue Herrengarderobe!
Bettdecken! Kissen! Kissen!
Leihhaus! Schmuck! Silber!
Silber! Silber! Silber!
Leihhaus Wersdorferstraße 7. Pelz-
waren! Neue Herrengarderobe!
Bettdecken! Kissen! Kissen!
Leihhaus! Schmuck! Silber!
Silber! Silber! Silber!
Leihhaus Wersdorferstraße 7. Pelz-
waren! Neue Herrengarderobe!
Bettdecken! Kissen! Kissen!
Leihhaus! Schmuck! Silber!
Silber! Silber! Silber!

Geschäftsverkäufe

Wuhlgut. auch für Schneiderin,
Größen, Vorort, 1500,-, mit Ware,
keine Anzahlung, Abzahlung. V. N. 6,
6252, Ulmenstr., Kochstraße.
Damenkonfektion. Berlin!
elektrischer Betrieb, Maßschneiderei,
französischer Schnitt, billige, Weiße,
Gleimstraße 10. 719*

Kaufgesuche

Sparmetalle. und zwar Kupfer,
Zinn, Nickel, Aluminium, Blei,
Zink und Zinnlegierungen. Alu-
miniumstücke für die Erzeugung von
Stromleitungen im Auftrag der
Kriegsmetall-H.-G. Platin- und
Silber-Schmelzei. Berlin, Köpenicker-
straße 29. Telefon Nord-
platz 3476. Vertretungsstelle. 1718*

Unterricht

Abivertausch. Ermöglichen Schnell-
methode, Monatspreis 3,-, Abivertausch
frei. Institut für Abivertausch
33 (Vorplatz). 35118*

Verschiedenes

Kunsthoferei Große Frankfurter-
straße 67. 682*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Unterricht

Abivertausch. Ermöglichen Schnell-
methode, Monatspreis 3,-, Abivertausch
frei. Institut für Abivertausch
33 (Vorplatz). 35118*

Verschiedenes

Kunsthoferei Große Frankfurter-
straße 67. 682*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter
in größerer Zahl. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder
mündlich wenden an
Arbeiterannahmestelle der
Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofsstraße 22.
22/4*

Werkzeugmacher und Werkzeugdreher

verlangt
Munitionsfabrik F. Gaebert,
Lankwitz, Charlottenstr. 31.
18892*

Zementierer, Einshaler, Bauarbeiter,

Bauarbeiterinnen werden für Neubauten **Taimler, Marienfelde,**
verlangt. Meldungen bei **Volter Müller.** 23025*

Tüchtige Einrichter für Revolverbänke,

Revolverdreher,
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen,
Transportarbeiter,
Tüchtige Einrichter für Exzenter und
Spindelpressen
suchen sofort
Ehrich & Graetz,
Berlin SO. 36., Eisenstr. 90/94.

Arbeiterinnen

und
Zigarettenpackerinnen
verlangt
Manoli-Zigarettenfabrik,
Berlin SO, Rungelstr. 22-24. Manolihaus.
267/7*

Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter
in größerer Zahl. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder
mündlich wenden an
Arbeiterannahmestelle der
Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofsstraße 22.
22/4*

Werkzeugmacher und Werkzeugdreher

verlangt
Munitionsfabrik F. Gaebert,
Lankwitz, Charlottenstr. 31.
18892*

Zementierer, Einshaler, Bauarbeiter,

Bauarbeiterinnen werden für Neubauten **Taimler, Marienfelde,**
verlangt. Meldungen bei **Volter Müller.** 23025*

Tüchtige Einrichter für Revolverbänke,

Revolverdreher,
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen,
Transportarbeiter,
Tüchtige Einrichter für Exzenter und
Spindelpressen
suchen sofort
Ehrich & Graetz,
Berlin SO. 36., Eisenstr. 90/94.

Arbeiterinnen

und
Zigarettenpackerinnen
verlangt
Manoli-Zigarettenfabrik,
Berlin SO, Rungelstr. 22-24. Manolihaus.
267/7*

Lehrmädchen. Junge Mädchen

aus achtbaren Familien im Alter
von 14-15 Jahren, welche mindestens
die 1. Klasse einer Gemeindefschule
besucht haben, zur Erlernung des
Verfahrens sofort gesucht. Meldungen in
unserer Personalverwaltung, III. Stof,
Kaufhaus des Weltens, G. m. b. H.,
Lauenburgerstr. 21/24.
Damenkleid. bessere glatte Damen-
mäntel. Feiler, Köpenickerstr. 19.
Damenachtchen. Laden,
Kinderpeinigungs-Kinderinnen außer
dem Hause suchen **Leonhard Tiel,**
H. G., Etralauer Straße 44-45,
2. Ausgang 2 Treppen. 36/1

Botenfrauen

werden eingestellt
**Vorwärts, Charlottenburg, Eisen-
bühnenstr. 1.**
Zeitungsfrau sofort verlangt.
Völkchen, Gartenbergstraße 1.
Laden.
Botenfrau stellt sofort ein **Vor-
wärts, Expedition Spandau, Wolke-
straße 7.**
Botenfrauen verlangt **Bermer,
Steglich, Kommodenstraße 59, Vor-
wärts, Expedition.**
Zeitungsträgerin sofort ver-
langt **Vorwärts, Expedition Gantow
Wühlstraße 70.**
Zeitungsträgerin sofort ver-
langt **Vorwärts, Expedition Schöne-
berg, Reinigerstraße 9, Lab-n.**

Zeitungsträgerin

sofort verlangt
Vorwärts, Expedition
Schöneberg, Reinigerstraße 9, Lab-n.

Botenfrauen

sofort verlangt
**Vorwärts, Ausgabe-
stelle Weiten,
Blumenthalstraße 8, Hofpartee, bei
Frau Stolpmann.**

Tüchtige Schlosser

und **Schmiede**
sofort bei dauernder Beschäftigung
verlangt **Schulz u. Goldschmidt,
Neukirch. 13.**
Gelernte Dreher und Hobler
Schmied
sofort ein
verlangt **Maschinenfabrik Paul
Beil, Berlin, Alte Jakobstr. 66.**
Zimmerleute, Erdarbeiter
und **Erdbauarbeiterinnen** werden ein-
gestellt am **Hochbehälterbau Pulver-
fabrik Plauen.**
Meldungen bei **Schachtmeister
Gubermann.** 22755*

Maschinenarbeiterinnen

verlangt **Paul Beil, Maschinen-
fabrik, Alte Jakobstr. 66.** 35/13*

Tüchtige Näherinnen

für **Kollmaschinen und Valzeten** im
Quale gesucht. 44722*
**Bibo & Jackier,
Kronenstraße 38/40.**

Redaktionsbote

(Radfahrer) verlangt. Zu melden in der
„Vorwärts“-Redaktion, Lindenstraße 3.